

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

**Augmented
Reality**

So wird Ihr «Freisinn» lebendig!
Anleitung auf Seite 11



Gemeinsam statt gegeneinander

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell. Das ist nicht selbstverständlich, weil immer mehr Akteure gegeneinander anstatt miteinander kämpfen. Am Anfang des Erfolgs stehen ambitionierte Menschen, die etwas wagen und ihrer Arbeit mit Elan nachgehen. Unsere Heimat braucht wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen, nicht verhindern. Nur so können wir alle gemeinsam die drängenden Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich anpacken.

Seiten 13 bis 17

Neumitglieder-Porträt

Viele Menschen haben sich in der letzten Zeit entschlossen, FDP.Die Liberalen beizutreten. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen von ihnen wissen, was sie dazu bewegt hat.

Seite 20

Reportage vom Haustürwahlkampf

Es wurde viel geschrieben über den Haustürwahlkampf der FDP. Doch wie ist es, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Menschen an? Kantonsrätin Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Seite 21

Von den kantonalen für die nationalen Wahlen lernen

Liebe Freisinnige

Am 24. März haben wir eine bittere Niederlage einstecken müssen: Wir verloren einen Regierungsratssitz und zwei Sitze im Kantonsrat. Unser Ziel war klar anders. Worauf ist das zurückzuführen?

Mit Thomas Vogel hatten wir den idealen Kandidaten für den Regierungsrat. Und auch an unserer Arbeit hat es nicht gelegen: Die Partei ist sehr gut aufgestellt, und die Zusammenarbeit ist gut eingespielt. Die Mitglieder sind hoch motiviert und kommen an die Veranstaltungen. Die Orts- und Bezirksparteien haben einen sehr engagierten Wahlkampf geführt: sichtbar, nah an den Leuten und bis zum Schluss. Mit der Tür-zu-Tür-Aktion und unseren Kampagnen in den sozialen Medien sind wir auch neue Wege gegangen. Und trotz grossem Druck kam keine Nervosität auf und blieben die Reihen geschlossen.

An dieser Stelle möchte ich deshalb Ihnen allen ganz herzlich danken für diesen grossen, unermüdlichen Einsatz. Speziell danken möchte ich Thomas Vogel für sein Engagement. Er ist bis zum bitteren Ende für die Partei hingestanden. Das verdient grossen Respekt und grossen Dank. Unserer Regierungsrätin Carmen Walker Späh sowie allen gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräten möchte



Hans-Jakob Boesch

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–10 Zürcher Freisinn
- 11 Digitaler Wahlkampf der FDP
- 12 Petra Gössi
zu den Wahlen 2019
- 13 Hans Hess zum
Rahmenabkommen
- 14 Gemeinsam das
Unternehmertum stärken
- 15 Ja zu gleich langen Spiessen
für KMU
- 16 Home Office / Arbeitsmarkt 2.0
- 17 Nachhaltiges Unternehmertum
- 18/19 Gastbeitrag von Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
- 20 Neumitglieder
- 21 Reportage vom
Haustürwahlkampf
- 22 Leserbrief
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonalteil:

Redaktion Zürcher Freisinn
Urs Egger | Kreuzstrasse 82 | 8032 Zürich
T: 043 233 77 00 | F: 043 343 99 68
E: info@fdp-zh.ch | www.fdp-zh.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Gemeinsam lösen wir die Probleme unserer Zeit

Gemeinsam kommen wir weiter!

Liebe Freisinnige

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell, weil die Menschen in der Schweiz seit jeher Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernommen haben. Ein Beispiel dafür sind die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz. Dank ihrem Mut, in Forschung und Entwicklung zu investieren, garantieren sie den Menschen in unserem Land Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt.

Unsere Unternehmen sind es auch, die mit ihren Innovationen einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir die Herausforderungen der Zukunft, beispielsweise in der Umweltpolitik, anpacken können. Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe zwei Freisinnige vor, die sich mit ihren Unternehmen an vorderster Front engagieren. Sie sind der beste Beweis, dass Umweltpolitik Wirtschaftspolitik ist!

Miteinander statt gegeneinander

Um aber überhaupt in die Forschung investieren zu können, braucht die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen. Das Interview mit Hans Hess zum Rahmenabkommen zeigt das auf. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die Wirtschaft ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gegenzug gute und moderne Arbeitsbedingungen ermöglichen muss – etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr dazu erfahren Sie von Thierry Burkart und Philippe Nantermod.

Anstatt die Wirtschaft und die Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, wie dies die sozialis-

tischen Kräfte in unserem Land mit ihrer Verbots- politik versuchen, müssen wir alle gemeinsam Ver- antwortung übernehmen. Damit wir das Erfolgs- modell Schweiz in die Zukunft tragen können, braucht es ein Miteinander der Politik, der Wirt- schaft und der Gesellschaft. Denn nur wenn wir die Probleme unserer Zeit gemeinsam lösen, kommen wir weiter.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lek- türe!

Liberale Grüsse

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

PS: Die FDP hat Lust auf Fortschritt – Lust auf Digitalisierung! Wir haben deshalb den «Freisinn» digital erweitert: Mit «**Augmented Reality**» verbinden wir ab sofort Gedrucktes mit Digitalem, um Sie noch besser informieren zu können. Probieren Sie es aus: Laden Sie die Gratis-App «**XTEND**» auf Ihr Smartphone, öffnen Sie die App, und richten Sie die Kamera für einige Sekunden auf die mit dem «X»- Symbol versehenen Bilder im «Freisinn» – auch auf dieser Seite! Sie werden staunen.

Fortsetzung von Seite 1

ich zur Wahl herzlich gratulieren und wünsche ihnen viel Freude und Befriedigung in ihrem Amt.

Ein Thema hat mobilisiert

All unsere Leistungen haben leider nur bedingt gezählt. Denn Trumpf in diesem Wahlkampf war die Klimadebatte. Die Medien waren über Monate voll davon, von der NZZ bis zur «Schweizer Illustrierten», von den sozialen Medien gar nicht zu sprechen. Alle jagten sie den Klicks und Likes nach; von anderen Herausforderungen, vor denen der Kanton Zürich steht, war nichts zu lesen und zu hören.

Und dieses Thema hat mobilisiert. Es hat die grünen Wähler bzw. zu grünem Wählen mobilisiert, alle anderen blieben unbeeindruckt zu Hause. Und dies war nicht nur in Zürich so, sondern eine Woche später auch in Luzern und Baselland. Wie stark und wie plötzlich diese grüne Mobilisierung war, sieht man u. a. im Vergleich zu den kommunalen Wahlen vor einem Jahr: Mit den gleichen Botschaften, dem gleichen Leistungsausweis, dem gleich engagierten Wahlkampf konnten wir im ganzen Kanton Zürich auf dem Land, in der Agglomeration und in den Städten sowohl in den Parlamenten als auch in der Exekutive durchs Band mehr oder weniger grosse Erfolge feiern. Das hat bei den kantonalen Wahlen auf einen Schlag nicht mehr funktioniert.

Aus Fehlern für die nationalen Wahlen lernen

Trotzdem haben wir nicht einfach alles gut gemacht und sollten die Niederlage nicht als gottgegeben hinnehmen. Wir haben deshalb die Wahlen in den verschiedenen Parteigremien intensiv diskutiert und analysiert und für die anstehenden National- und Ständeratswahlen die Lehren daraus gezogen:

1) Die Umwelt- und Klimathemen hätten wir früher bearbeiten sollen, um so im Wahlkampf glaubwürdiger auftreten zu können. Es war zwar richtig, dass wir dieses Thema bereits im letzten Herbst verstärkt bearbeitet und die FDP Schweiz auf diesem Kurs von Beginn an unterstützt haben. Aber das Ganze kam rückblickend zu spät. Um diesen Fehler nicht zu wiederholen, gilt es den eingeschlagenen Kurs unbedingt fortzusetzen: offensiver die Umwelt- und Klimaprobleme bearbeiten und liberale Lösungen liefern.

2) Auch zu allen anderen Themen, die die Bevölkerung bewegen, wollen wir liberale Lösungen bereithaben und ein gutes Mass an Glaubwürdigkeit aufweisen. Nur so wird es uns möglich sein, immer in der politischen Debatte mitzuhalten, egal, welches Thema im Moment gerade Hochkonjunktur hat. Hierzu beobachten wir noch stärker, welche Themen an Relevanz in der öffentlichen Diskussion gewinnen, und wir kommunizieren noch inten-

siver unsere Forderungen und Positionen über die verschiedenen Medienkanäle.

3) Die Mobilisierung der Nichtwähler ist uns nicht gelungen. Parteiintern ist die Mobilisierung sehr hoch, das zeigten der engagierte Wahlkampf und die hohe Teilnahme an Parteiveranstaltungen wie z. B. unser Wahlkampfauftakt. Aber der Funke ist nicht auf die Nichtwähler übergesprungen. Die positive Botschaft war zwar gut und entspricht unserem Selbstverständnis und unserer Politik. Aber die zufriedenen Bürgerinnen und Bürger konnten wir so nicht an die Urne locken. Wir werden deshalb unsere Kampagne emotionaler machen, so dass die Betroffenheit und die Dringlichkeit spürbarer werden. Weitere Massnahmen für eine bessere Mobilisierung prüfen wir zudem derzeit im kleinen Wahlkampfteam.

4) Der Wahlkampf hat gezeigt, dass die nationalen Themen die kantonalen dominieren. Aus diesem Grund werden wir uns noch enger mit der FDP Schweiz austauschen und abstimmen sowie unsere Anliegen auf Bundesebene einbringen. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass wir die Politik der FDP Schweiz mittragen und deren Kampagne tatkräftig unterstützen. So möchte ich Sie bereits heute herzlich zum Tag der FDP am 31. August in Aarau zum Start der nationalen Hauptkampagne einladen. Auch werden wir die Tür-zu-Tür-Aktion, die nun gesamtschweizerisch durchgeführt werden soll, fortsetzen – die guten Ergebnisse sprechen für sich (lesen Sie hierzu auch den Erfahrungsbericht auf Seite 7).

5) Bereits vor den kantonalen Wahlen hat sich der Parteivorstand entschieden, einen eigenständigen Wahlkampf für die Gesamterneuerung von National- und Ständerat zu führen. Die schlechten Erfahrungen mit dem bürgerlichen Bündnis im Regierungsratswahlkampf haben uns darin nun noch bestärkt. So können wir künftig uneingeschränkt den Wählerinnen und Wählern unser klar liberales Profil zeigen und falsche Politik beim Namen nennen.

Bereit für die nächste Runde

Nebst diesen Verbesserungen wollen wir vor allem auf der sehr guten Basis, die vorhanden ist, aufbauen. Und wir wollen weiterhin lösungsorientiert politisieren und nicht Probleme bewirtschaften. Wir werden Mehrheiten schaffen, um den Kanton Zürich voranzubringen, ohne aber vom Kurs unseres liberalen Kompasses abzuweichen.

Und vergessen wir nicht: Politik ist ein Mehr-runden-Spiel. Wir sollten beim ersten Rückschlag nicht gleich die Flinte ins Korn werfen, sondern uns für die nächste Runde rüsten. Denn diese kommt bestimmt – und wir stehen bereit.

Libérale Grüsse

Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident



AGENDA

13. Juni

Orts- und Bezirksparteipräsidien-Konferenz

22. Juni

Eidg. Delegiertenversammlung in Zürich mit Auftritt der Nationalratskandidierenden

25. Juni

Ordentliche Delegiertenversammlung

19. August

Wahlkampföffnung mit BR I. Cassis und Kampagnenstart FDP Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau, Start Schlusskampagne

Ja zum neuen Waffenrecht

Abstimmung

Am 19. Mai entscheidet die Schweizer Bevölkerung über das neue Waffenrecht. Dieses wurde als Antwort auf die Zunahme der internationalen Vernetzung von Kriminalität verfasst. Dabei handelt es sich um Massnahmen, die den aktuellen und künftigen Herausforderungen in der Verbrechensbekämpfung gerecht werden. Der international stark vernetzte Kanton Zürich ist auf die Revision des Waffenrechts besonders angewiesen.

Waffen sollen mit der neuen Waffenrichtlinie im Schengen-Raum besser rückverfolgt und die missbräuchliche Verwendung von Waffen bekämpft werden können. Als Schengen-Mitglied profitiert die Schweiz von zahlreichen Vorteilen und hat sich im Gegenzug dazu grundsätzlich bereit erklärt, Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin zu übernehmen. Verzichtet sie jedoch darauf, endet die Schengen/Dublin-Mitgliedschaft nach sechs Monaten automatisch. Die Schweiz und insbesondere der Kanton Zürich profitieren stark von dieser Mitgliedschaft.

Gute Zusammenarbeit, mehr Sicherheit

Ein Austritt aus Schengen hätte gerade für die Si-

cherheit unseres Landes gravierende Folgen. Ohne Schengen verliert die Schweiz den Zugriff auf das internationale Fahndungssystem (SIS), womit die Polizei und das Grenzwachtkorps eines ihrer wichtigsten Instrumente verlieren würden.

Um dies mit einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Fahndungstreffer an Schweizer Grenzübergängen stiegen deutlich an, nachdem der Souverän 2005 den Beitritt zum Schengen-Raum bejahte. Dank dem SIS konnten allein im letzten Jahr rund 18 000 Fahndungstreffer erzielt werden. Für die Sicherheit der Schweiz und des Kantons Zürich ist das SIS unentbehrlich.

In diesem Rahmen wird weiter die europäische Zusammenarbeit in der Migrationspolitik gefördert: Das Dublin-Abkommen garantiert, dass Asyl-

anträge in Schengen-Mitgliedstaaten effizient und korrekt untersucht werden.

Schweizer Schiesstradition wahren

Das neue Waffenrecht ist das Ergebnis einer erfolgreich geführten Verhandlung des Bundesrates. Die Schweiz konnte auch im Falle der neuen Waffenrichtlinie Kompromisse erzielen und damit verhindern, dass die Schweizer Schiesstradition gefährdet wird. So stellt die Schweiz einen Ausnahmefall im Vergleich mit anderen europäischen Staaten dar. Unser Waffenrecht baut auf Vertrauen auf. So dürfen Armeeangehörige weiterhin nach Austritt ihre Ordonnanzwaffen mit nach Hause nehmen. Auf eine ähnliche Vertrauensbasis baut auch unsere Politik rund um den Schiesssport und das Schützenvereinswesen auf. Diese sind von der neuen Waffenrichtlinie nur marginal betroffen. Die pragmatische und schlanke Anpassung ermöglicht, dass Sportschützen ihr Hobby weiterhin ausüben können.

Die helvetischen Traditionen und die Schweizer Mitgliedschaft im Schengen/Dublin-Abkommen stehen somit in keinem Widerspruch, sondern ergänzen sich. Schengen/Dublin darf nicht riskiert werden, denn die Sicherheits- und Migrationspolitik der Schweiz bauen auf den Vorteilen auf, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben. Die Schweiz und vor allem der Kanton Zürich hat vom Beitritt zum Schengen-Raum also in verschiedenen Hinsichten stark profitiert. Ein Austritt würde bedeuten, auf ein beträchtliches Stück Sicherheit verzichten zu müssen. Denn Schengen/Dublin hat die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten in vielen Bereichen effizienter gemacht. Mit einem JA zur neuen Waffenrichtlinie sagen wir deshalb nicht nur JA zu mehr Sicherheit, sondern auch zu einer guten Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten.

**JA zum
Waffenrecht
JA zu Schengen**



www.waffenrecht-schengen.ch



Hans-Jakob Boesch
Präsident FDP
Kanton Zürich



Nicole Barandun
Präsidentin CVP
Kanton Zürich



Nik Gugger
Nationalrat EVP



Rosmarie Quadranti
Nationalrätin und
Präsidentin BDP
Kanton Zürich



Corina Gredig
Co-Präsidentin glp
Kanton Zürich

FDP
Die Liberalen



Ruedi Noser

Porträt

Als Ständerat darf ich seit vier Jahren die Zürcherinnen und Zürcher im Parlament vertreten. Doch was bedeutet es, für die Interessen eines ganzen Kantons, und erst noch des bevölkerungsreichsten, in Bern einzustehen? Für mich heisst es in erster Linie: zuhören und sich austauschen. Als Ständerat setze ich mich mit den Argumenten der unterschiedlichsten Ansprechpartner auseinander, bevor ich eine Position einnehme. Da wären unsere sieben Regierungsräte und ihre Direktionen, die Organisationen der Wirtschaft, die Bauern, der Landschaftsschutz, die Organisationen der Angestellten, das Gewerbe – um nur einige zu nennen. Diesen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern unseres Kantons schätze ich besonders an meiner Arbeit.

Warum bin ich geeignet für diese Aufgabe?

Aufgewachsen bin ich im Glarnerland, einem engen Tal, in dem die Berge allgegenwärtig sind. Wegen meiner Legasthenie lernte ich früh, was es heisst, zu versagen. Und dank meiner Mutter lernte ich ebenso früh, was es heisst, nicht aufzugeben, sondern jeden Tag als neuen Anfang zu sehen. Mit 16 Jahren und einem Realschulabschluss in der Tasche zog ich von zu Hause aus und begann eine Lehre als Maschinenmechaniker in Winterthur. Ein neuer Anfang, eine neue Chance. Ich packte sie und schloss mit einem der besten Abschlüsse des Jahrgangs ab. Es folgte die Wahl der Studienrichtung: Maschinen- oder Elektroingenieur? Maschinenbau kam nicht in Frage. Ich wollte mich mit Technologien der Zukunft befassen, nicht die Vergangenheit bewahren. Also entschied ich mich für die heutige Fachhochschule Rapperswil, wo zu dem Zeitpunkt eine neue Informatikabteilung aufgebaut wurde. Drei Jahre später hatte ich mein Informatik-Diplom und wusste weit mehr über Mikroprozessoren, als damals in der Industrie bekannt war. In Kombination mit meiner Ausbildung als Mechaniker war ich eine gesuchte Fachkraft.

Jung, ambitioniert und ungeduldig, schlug ich meinem obersten Chef nach drei Jahren ein neues Geschäftsmodell vor, wie das Unternehmen in Zukunft noch erfolgreicher sein könnte. Von einem 27-Jährigen lasse er sich nichts erklären, lautete sein vernichtendes Urteil. Ich zog die Konsequenzen, kündigte noch im gleichen Monat und ging in die Firma meines Bruders, wo ich das Geschäftsmodell umsetzte. Das Resultat ist die Noser-Gruppe, die heute über 500 Angestellte zählt, 80 Ausbildungsplätze für Lehrlinge bietet und im vergan-

genen Jahr allein mit Dienstleistungen einen Umsatz von 105 Mio. Franken erzielt hat.

Chancen statt Ideologien

Die Zeit in der Firma hat mich auch als Mensch geprägt. Ich kam zur Einsicht, dass Erfolg und Fortschritt immer von Fehlern und Problemen begleitet sind. Für mich heisst gute Politik nicht, eine perfekte Welt aufzubauen, in der man nichts mehr bewegen darf. Ideologische Parteien, die für sich reklamieren, das Allheilmittel für alle Probleme gefunden zu haben, sind reine Verführer. Ideologien führen in die Sackgasse. Das zeigt sich in der aktuellen Diskussion rund um unsere Beziehung zur EU. Die Polparteien SP und SVP wollen die Schweiz in die Isolation führen. Jetzt braucht es einen starken liberalen Flügel, der sich klar und deutlich dafür ausspricht, dass wir die bilateralen Verträge und damit den Status quo mit einem institutionellen Abkommen (InstA) absichern. Wer Nein sagt zum InstA, führt die Schweiz ins Abseits und muss relativ schnell Abschied nehmen von unserem Wohlstand. Sollten an diesem Zusammenhang Zweifel aufkommen, lohnt sich ein Blick nach Grossbritannien.

Gute Politik heisst für mich, ein dynamisches Umfeld zu schaffen, das den Menschen die Chance gibt, sich weiterzuentwickeln und sich zu verbessern. Das Risiko des Scheiterns nimmt man dabei bewusst in Kauf. Wer seine Chancen nicht packt, ist schlechter dran. Doch auch wer scheitert, hat jeden Tag die Chance, neu anzufangen und auf die Erfolgsspur zurückzukehren.

Freisinnige Politik ist nachhaltige Politik

In meiner politischen Arbeit verfolge ich das Ziel, möglichst viele Freiräume und Chancen zu schaffen, damit sich Menschen und Unternehmen entwickeln können. Freisinnige Politik ist für mich damit immer auch nachhaltige Politik, denn sie respektiert und schützt die Freiheit des anderen und der Umwelt.

Ende 2015 wurde in Paris vereinbart, dass der durch den Menschen verursachte CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2050 auf null gesenkt oder voll kompensiert werden soll. In rund dreissig Jahren dürfen also keine fossilen Treibstoffe mehr eingesetzt werden, weder für die Mobilität, die Industrie noch für das Heizen. Leben wie zu Gotthelfs Zeiten? Mitnichten! Ich bin überzeugt, das CO₂-Ziel kann nur mit liberalen Mitteln nachhaltig erreicht werden. Es



Ruedi Noser

wäre naiv, zu glauben, 8 Milliarden Menschen würden aufs Fliegen verzichten, kein Fleisch mehr essen und ihr Freizeitverhalten hinsichtlich ihres CO₂-Ausstosses optimieren. Wer glaubt, alles über Verbote steuern zu können, nimmt die Menschen nicht ernst. Die Gelbwesten lassen grüssen. Was also ist zu tun?

Politik setzt den Rahmen, die Wirtschaft setzt um

Im Grundsatz braucht es wenig. Erstens, muss sichergestellt werden, dass die Ziele, die in Paris 2015 beschlossen wurden, auch umgesetzt werden. Deshalb setze ich mich ein für die Gletscherinitiative und ein CO₂-Gesetz, das sich eng an diesen Zielen orientiert. Beide Vorlagen stellen sicher, dass das Pariser Abkommen in der Schweiz auch tatsächlich Wirkung entfaltet. Zweitens braucht es Investitionen in Forschung und Innovation, damit Technologien und Produkte entwickelt werden, um die Pariser Ziele weltweit zu erreichen. Denn der Beitrag der Schweiz zum Weltklima kann sich nicht auf die CO₂-Reduktion im Inland beschränken. Drittens braucht es kluge Anreizsysteme, denn eine Zero-Carbon-Welt schafft neue Gewinner und neue Verlierer. Diese Machtverschiebungen gehen nicht ohne Reibung vonstatten. In dieser Situation braucht es einen starken politischen Willen und den nötigen Weitblick. Statt sich auf diese Machtkämpfe einzulassen, gilt es jetzt, die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen.

Ich bin überzeugt, die Nachhaltigkeit bietet die grösste wirtschaftliche Chance unserer Zeit. Unser Ziel muss es sein, aus der Schweiz heraus innovative, exportfähige Lösungen zu entwickeln, die weltweit einen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten. Denn beim Thema Nachhaltigkeit zeigt sich deutlicher denn je: Globale Probleme brauchen globale Lösungen. Das gelingt nur, wenn wir offen sind für Neues und Chancen statt Probleme sehen – das geht nur mit der FDP!

Ruedi Noser, Ständerat Kanton Zürich



FDP wird konstruktive und liberale Kraft bleiben

Aus der Fraktion

Ich darf von Thomas Vogel eine mit grosser Leidenschaft, hoher Kompetenz und viel Umsicht geführte Fraktion übernehmen. Dass sich sein unermüdlicher Einsatz in den Regierungsratswahlen nicht ausgezahlt hat, ist ebenso schmerzlich wie die Nicht- bzw. Abwahl von geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem wollen wir weder hadern noch klagen. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat sind eine Herausforderung, aber sie bieten auch Chancen. So gibt es keine starren Blöcke, und es braucht die Fraktionen zwischen den Polen, um tragfähige Mehrheiten zu schaffen. Wir sollten dies nutzen, um die FDP als liberale und lösungsorientierte Fraktion zu positionieren.

Während die GLP in neuer Formation und Grösse sich und ihr liberales Verständnis als Fraktion zuerst finden muss, wird die SVP Mühe haben, sich im parteipolitischen Trommelfeuer auf sachpoliti-

sche Fragen zu konzentrieren. Dies gibt der FDP-Fraktion die Gelegenheit, sich als eigenständige und treibende liberale Kraft für einen innovativen, wettbewerbsfähigen und lebenswerten Kanton Zürich zu profilieren.

Was ist zu tun?

1. Wir müssen uns thematisch breiter abstützen. Wir werden noch zu oft als Partei (nur) für Wirtschaft, Finanzen und Steuern wahrgenommen. Wir müssen zeigen, dass wir auch in anderen Themen, welche die Bevölkerung bewegen, Lösungen haben. In der kommenden Legislatur werden wir insbesondere aufzeigen müssen, was unsere liberalen Konzepte für eine intakte Umwelt und für eine solide und bezahlbare Gesundheitsversorgung sind. Gefragt sind weder Aktivismus noch Populismus, sondern klare, umsetzbare und nachhaltige Lösungen.

Beatrix Frey-Eigenmann gehört dem Kantonsrat seit 2011 an und präsidierte die letzten vier Jahre die Finanzkommission. Bis im Sommer 2018 war sie Finanz- und Gesundheitsvorsteherin der Gemeinde Meilen. Beruflich ist sie seit vielen Jahren Partner und Mitglied der Geschäftsleitung einer privaten Beratungsfirma für öffentliche Institutionen. Davor war sie als Stabchefin des Aktionsprogramms Energie 2000 im Bundesamt für Energie tätig. Als Präsidentin eines Spitalverwaltungsrats sowie aus weiteren Stiftungs- und Verwaltungsratsmandaten im Gesundheits- und Finanzbereich bringt sie eine grosse Führungserfahrung und Themenbreite mit. Beatrix Frey-Eigenmann ist verheiratet, Mutter zweier Söhne und lebt mit ihrer Familie in Meilen.

2. Wir brauchen einen gemeinsamen Kompass. Eine liberale Fraktion zeichnet sich durch Meinungsvielfalt und Kreativität aus, und das ist gut so. Um Wirkung zu erzielen, müssen wir aber Schwerpunkte mit klaren Zielen, Strategien und roten Linien setzen. An diesem Rahmen sollen unsere Vorstösse und die Kommissionarbeit gemessen werden. Er soll zudem wegweisend sein und zeigen, wo wir Hand zu Kompromissen bieten können und wo wir auch mal eine profilbildende Niederlage in Kauf nehmen müssen.

3. Die Zusammenarbeit ist zu stärken. Die FDP-Fraktion besteht aus starken und profilierten Persönlichkeiten. Als Fraktionspräsidentin möchte ich weder eine One-Woman-Show noch ein Heer von Einzelkämpferinnen und -kämpfern. Ich wünsche mir, dass wir intern um die besten Lösungen ringen und diese anschliessend geschlossen nach aussen vertreten. Ich möchte auch die Zusammenarbeit mit der Kantonalpartei, den Parteikommissionen und unseren Kolleginnen und Kollegen in den nationalen und städtischen Parlamenten pflegen. Ziel ist, dass wir unsere Kräfte und unser Know-how bündeln, unsere Positionen abstimmen und – wo möglich und sinnvoll – stufenübergreifende Lösungen erarbeiten.

Ich bin überzeugt: Wenn wir die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen und faktenbasiert und ohne ideologische Scheuklappen politisieren, dann werden wir auch in der neuen Legislatur Mehrheiten für durchdachte liberale Lösungen finden. Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Arbeitsplatz, für einen innovativen Bildungs- und Forschungsstandort und einen attraktiven Lebensraum mit intakter Umwelt.

Beatrix Frey-Eigenmann
Fraktionspräsidentin

Warum der Wahlkampf an der Haustüre fortgesetzt werden soll

Die FDP ist seit den letzten Wahlen 2015 im Aufwind. Die Wahlen 2019 im Kanton Zürich haben aber gezeigt, dass wir ein Problem haben: die Mobilisierung unserer Wählerinnen und Wähler. Die FDP schöpft jeweils nur die Hälfte ihres Potenzials ab. Im Gegensatz zu andern Parteien – wie z. B. die SP oder die GLP.

Der Haustür-Wahlkampf (Canvassing) ist erwiesenermassen die effizienteste Methode, Wählerinnen und Wähler an die Urnen zu bringen. Diese Art von Wahlkampf vereint nämlich zwei Trends: Einerseits die Digitalisierung und Smart Data und andererseits den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach dem direkten Kontakt zu Politikerinnen und Politiker – denn man wählt die Person, die man kennt. Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise sowie in ihrer sozialen Lage ähneln, wurden analytisch in Gruppen zusammengefasst und geografisch verortet. Das erlaubte eine Einschätzung des Wählerpotenzials nach Gemeinden, Quartieren und sogar einzelnen Strassen. Erfolg versprach der Tür-zu-Tür-Wahlkampf vor allem dort, wo die FDP aufgrund der Datenlage auf Sympathien hoffen konnte.

Die Auswertung der Pilotprojekte zeigt: Die Methode wirkt. Die statistische Analyse konnte dem Haustür-Wahlkampf einen Effekt von +0,5 Prozent

Wähleranteil nachweisen. Das heisst, dass wir in jenen Gemeinden, wo wir Tür-zu-Tür Wahlkampf gemacht haben, 0,5 Prozent besser abgeschnitten haben als unter gleichen Bedingungen ohne den Tür-zu-Tür Wahlkampf. Das ist viel! Die FDP profitiert zudem von einem weiteren Effekt der Methode. Wählerinnen und Wähler, bei denen die FDP an die Tür klopfte, sind stärker motiviert worden, an die Urne zu gehen, als Personen, die man auf anderem Weg angesprochen hat. Mit dem Canvassing ist es gelungen, die Politik wieder sichtbarer und dialogbereiter zu machen.

Damit das Projekt seine volle Wirkung entfalten kann, möchte die FDP Schweiz das Projekt schweizweit und möglichst flächendeckend ausrollen. Das geht aber nur, wenn wir eine breite Abstützung in der ganzen Partei haben.

Wir sind uns bewusst: Der Haustür-Wahlkampf ist mutig – Kandidierende und Unterstützer gehen an die Türen der Wählerinnen und Wähler und suchen den Dialog. Nicht bei allen sind wir willkommen, müssen aber gleichwohl dranbleiben. Wir können damit aber der Wählerschaft zeigen, wie wichtig es uns ist, die Menschen hinter den Wohnungstüren zu verstehen. Diese Haltung zeigt nicht nur, wie engagiert wir sind, sondern unterstreicht auch unseren Stolz, bei der FDP dabei zu sein. So



Urs Egger

wird es gelingen, bei den Nationalratswahlen im Kanton Zürich wieder zuzulegen.

Weitere Informationen finden sich unter folgender Seite: <https://www.fdp.ch/tuer-zu-tuer/>.

Urs Egger
Geschäftsführer FDP Kanton Zürich

Die FDP Akademie 2019

Die FDP Akademie hat sich zum Ziel gesetzt, den Wissenstransfer und Wissenserwerb innerhalb der FDP im Kanton Zürich zu fördern. Im Fokus stehen Bereiche wie die nötigen Fähigkeiten, eine Orts- und Bezirkspartei zu führen oder einen wirkungs-

vollen Wahlkampf zu gestalten. Im vergangenen Jahr konnten dazu neun Schulungen à sechs Module durchgeführt werden. Der Fokus lag natürlich auf den bevorstehenden Kantonsratswahlen.

Neue Module – neue Daten

2019 werden wieder diverse Module angeboten und Kurse durchgeführt. Die Schulungen finden alle an Samstagen zwischen 9 und maximal 12 Uhr auf der Geschäftsstelle der FDP Kanton Zürich statt. Wie schon im letzten Jahr werden die Kurse kostenlos angeboten. Die Themenvielfalt der Kurse ist breit. Klassiker wie die «Addressix Bewirtschaftung», welche sich für neue Vorstandsmitglieder eignet, werden dieses Jahr genauso angeboten wie die Module «News und Blogs verfassen» oder «Wahlkampf mit Social Media».

Neu im Programm finden sich Module wie «Addressix für Fortgeschrittene», welches sich unter anderem der Buchhaltung und Mitgliederrechnungserstellung im Addressix widmet. Dieser Kurs ist für fortgeschrittene Anwenderinnen und Anwender gedacht, welche das volle Potenzial von

Addressix nutzen wollen. Im Bereich Kommunikation bieten wir neu den Kurs «Parteimarketing» an. Das Erstellen eines Kommunikationskonzepts und das Vorstellen passender Kanäle sind hier im Fokus. Dieser Kurs sollte von Kommunikations- oder Wahlkampfleitenden besucht werden. Es ist für jede Parteistufe wichtig, auch zwischen den Wahlen unsere Ideen, Arbeiten und Resultate zu kommunizieren. Das Angebot ist nicht abschliessend definiert. Darum haben wir ein offenes Ohr für neue Modulinhalte.

Interessiert – jetzt anmelden

Auf unserer Webpage fdp-akademie.ch finden Sie alle Informationen rund um die Akademie. Alle Modulinhalte, unter anderem mit den Zielen des Kurses, können unter «Kurs-Angebot» abgerufen werden. Anmelden kann man sich via «Agenda» einfach und schnell. Kurs und Datum aussuchen, persönliche Daten ins Formular eintragen und absenden. Eine Anmeldebestätigung erfolgt innert Kürze. Eine Übersicht der Kurse finden Sie in der Abbildung neben diesem Artikel. Melden Sie sich jetzt an!

Patrik Brunner, FDP Akademie

25.5.2019: Modul 1:
Wahlkampf mit Social Media für Politiker

22.6.2019: Modul 5:
Addressix Bewirtschaftung

24.8.2019: Modul 9:
Parteiwebpages wirkungsvoll verwenden

28.9.2019: Modul 4:
News und Blogs verfassen

19.10.2019: Modul 10:
Addressix für Fortgeschrittene

23.11.2019: Modul 11: Parteimarketing

14.12.2019: Modul 3: Videos für die Politik

Internationale Politik an der Generalversammlung der FDP in Andelfingen

Ein packendes Referat

Andelfingen – «Man muss relativ lange in Amerika sein, um zu realisieren, dass man es nicht versteht.» Mit diesem Satz begrüßte Martin Naville, CEO der Swiss-American Chamber of Commerce, am 19. Februar 2019 die Mitglieder der Generalversammlung der FDP Bezirk Andelfingen. In einem zirka 30-minütigen Referat zum Thema «Schweiz – USA in der Trump-Epoche: Top oder Flop?» elaborierte Martin Naville, was Amerika genau ist, die Wirtschaftsbeziehung zwischen der Schweiz und Amerika und Donald Trumps Slogan «Make America Great Again».

Entgegen der allgemeinen Auffassung, dass die USA sich kulturell nicht gross von der Schweiz unterscheiden, stellte Naville klar: Wir unterscheiden uns von den Amerikanern genauso wie von den Chinesen! Die USA sind nicht nur ein Land, die USA sind ein Kontinent und das binnenwirtschaftlichste Land der Welt mit dem weltweit grössten Bruttoinlandprodukt. Aber wir haben durchaus auch Gemeinsamkeiten; wir sind beide Weltmeister. Die Schweiz wurde 2018 im «Global Innovation Index» auf Platz Nummer 1 genannt, die USA im gleichen Jahr im «World Competitiveness Scoreboard». Das heisst, wir sind innovativer, während die Amerikaner konkurrenzfähiger sind. Dass sich diese zwei wirtschaftlichen Eigenschaften gut verbinden lassen, zeigt sich zum Beispiel beim Mars-Rover oder der Logitech-Maus; beides Produkte, die in schweizerisch-amerikanischer Zusammenarbeit entstanden sind. Doch inwiefern beeinflusst Trumps «America first»-Mentalität die Kooperation der beiden Länder? Laut Naville gilt es vorsichtig zu sein, was die Medien berichten, und auch Vergleiche zu Obama zu ziehen. Denn nicht



Martin Naville

alles, was Trump macht, sei falsch, es sei für ihn schwieriger in den Berichterstattungen gut wegzukommen, da er bei den Medien im Gegensatz zu Obama extrem unbeliebt ist. Grundsätzlich könne man aber sagen, dass es die Aufgabe eines jeden Staatschefs sei, seinen eigenen Staat zu priorisieren, und wir müssen uns davon in keiner Weise eingeschüchtert fühlen.

Am Ende des Referats wurden noch rege Fragen gestellt, die bereitwillig und ausführlich von Martin Naville beantwortet wurden. Alles in allem ein gelungener Abend!

Fabienne Farner

Forum Futur

Das Forum Futur ist 2018 gegründet worden. Wir sind ein von Freisinnigen getragenes Netzwerk für eine liberale Politik, die im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der UNO Liberalismus und Pragmatismus, Ökonomie und Ökologie verbindet.

Nachhaltigkeit basiert auf wissenschaftlichen Fakten und wirtschaftlichen Lösungen. Die FDP ist Partei des Unternehmertums, und kein Unternehmen wird nur ideologisch geführt. Nachhaltige Politik besteht für uns ebenso wenig aus ideologischen Verböten und Illusionen, sondern aus wissenschaftlich fundierten und wirtschaftlich sinnvollen Lösungen. Seit Januar macht unser Newsletter täglich (oder auf Wunsch nur wöchentlich oder monatlich) auf wissenschaftliche Erkenntnis und industrielle Innovation aufmerksam, aktuell zu den Themen Klimawandel, Artenvielfalt und Plastikmüll.

Wir wollen Lösungssuchende und - anbietende zusammenführen und freuen uns, wenn Sie mitmachen, denn unser Engagement für Freiheit ist auch ein Engagement für Wahrheit.

Peter Metzinger, Prisca Koller, Marco Weber
www.forumfutur.ch

Zwei Pluspunkte für unser Land.

JA zur AHV-Steuervorlage!

Regine Sauter
Direktorin Zürcher Handelskammer,
Nationalrätin FDP

Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige Schweiz,
Gemeinderat Stadt Zürich

Beat Walz
Nationalrat FDP,
Kommission Wirtschaft und Abgaben

ahv-steuervorlage.ch

Zürcher Komitee AHV-Steuervorlage Ja, Stauffacherstrasse 16, 8004 Zürich.

Bundesrat, Parlament, Kantone, Städte, Gemeinden und die Wirtschaft empfehlen ein JA.

FDP Stadt Zürich

Konkrete Massnahmen statt Klimaheuchelei und Problembewirtschaftung

Die FDP der Stadt Zürich hat am 10. April 2019 mit neun Vorstössen ein Klimapaket im Gemeinderat eingereicht und damit konkrete Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen gefordert. Der grüne Gemeinderat Markus Knauss kommentierte, dass dies altbekannte Massnahmen seien und nicht Neues dabei sei.

Warum sind denn diese «alten Ideen» nicht schon lange umgesetzt? Schliesslich ist Rot-Grün in Zürich schon seit bald Menschengedenken an der Macht. Mit dem Umsetzen von konkreten Massnahmen hapert es aber eben bei den Grünen. Sie heucheln vor, federführend in der Klimapolitik zu sein. Sie sind Problembewirtschafter, indem sie nur von Massnahmen sprechen und Verzicht und Verbote verlangen. Vor konkreten Vorstössen sind sie bis anhin stets zurückgeschreckt. Ihre Politik erinnert an einen Kalenderspruch, der in der Küche der früheren FDP-Geschäftsstelle an der Spitalgasse hing: «Wer ein Problem benennen kann, jedoch nichts zu seiner Lösung beiträgt, der ist Teil des Problems.»

Ein Beispiel: Die Grünen Markus Knauss und Bastien Girod reichten am 11. April 2007 im Gemeinderat ein Postulat (GR 2007/181) ein, in dem sie den Stadtrat fragten, was die Stadt Zürich tun könne, um die vielen Klimaflüchtlinge aufzuneh-

men. Sie rechneten ihm vor, dass ab 2020 jährlich 16,25 Mio. Klimaflüchtlinge aus Afrika nach Europa drängen würden, da Afrika dann infolge des Klimawandels von Dürren und Überschwemmungen heimgesucht werde. Dieser und auch weitere grüne Vorstösse beschäftigten sich damals wie heute mit den Symptomen des Klimawandels, aber nicht mit dessen Bekämpfung. Im besten Fall diene das Klima dazu, Parkplätze abzubauen und neuerdings auch Tunnels und Tramlinien zu verhindern. Es ist einmal mehr die Aufgabe der FDP, das Problem zu lösen. Packen wir die Chance!

Freisinnige Anleitung zur liberalen Klimapolitik

Tatsächlich müssen wir keine neuen Massnahmen erfinden, die möglichen sind bekannt. Jetzt braucht es eine Massnahmen-Priorisierung. Zuoberst auf die Umsetzungsliste kommen Massnahmen, die viel CO₂ reduzieren, keine Kosten für die Steuerzahlenden und die Volkswirtschaft verursachen, die



Severin Pflüger

Freiheitsrechte des Einzelnen nicht einschränken und die sozialverträglich sind (unsere neun Vorstösse entsprachen sämtliche dieser Vorgabe). Zuunterst auf die Liste kommen jene Massnahmen, die wenig CO₂ reduzieren, die Steuerzahlenden viel kosten, die Volkswirtschaft massiv schädigen, die Freiheitsrechte einschränken und für soziale Ungerechtigkeiten sorgen.

Diese Prioritätenliste gilt es, von oben nach unten abzuarbeiten, bis wir als Schweizer einen vernünftigen Teil an die weltweite CO₂-Reduktion beitragen konnten. Dann sind wir echte Pioniere in der Klimapolitik. Und nur so wird es uns gelingen, das Klima, die Volkswirtschaft, die Freiheiten des Einzelnen sowie den sozialen Frieden zu schützen.

Severin Pflüger, Präsident FDP Stadt Zürich

FDP Stadt Winterthur

FDP Winterthur wieder nach Bern

Ab 2019 soll die mittlerweile 115'000 Einwohner zählende Bildungs- und Kulturstadt Winterthur wieder durch eine FDP-Exponentin oder einen FDP-Exponenten im Nationalrat vertreten sein. Während Jahrzehnten war die FDP Winterthur im Bundeshaus präsent, zuletzt zwischen 2003 und 2014 mit Markus Hutter.

Themen, die politisch auf Bundesebene gestaltet werden und die besonders die Städte prägen, gibt es zahlreich. Dazu gehören Themen der Sozial-, Alters-, Gesundheits-, Verkehrs-, Energie- und Kulturpolitik aber auch Herausforderungen in anderen Politikfeldern. Gerade in den Städten und für die Städte braucht es mehr privates und unternehmerisches Handeln und mehr Freiräume, dafür weniger staatliche Reglementierung und Kontrolle sowie weniger Bürokratie.

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt heute in Städten und Agglomerationen. Vier von fünf Arbeitsplätzen befinden sich in urbanen Ge-



Dieter Kläy

bieten. Der städtische Raum wird damit zum entscheidenden Faktor für Lebensqualität und Wohlstand. Nicht zuletzt deshalb haben die FDP-Sektionen der acht grössten Städte in der Schweiz das Netzwerk FDP urban ins Leben gerufen mit dem Ziel, eine liberale Stadtpolitik zu betreiben. Die Vertretung von Stadtinteressen in Bundesbern soll nicht nur rot-grünen Parteien überlassen werden.

Die FDP hat wirksame Alternativen zu bieten. Dafür braucht es allerdings auch eine noch stärkere Vertretung auf nationaler Ebene.

Erfahrene Kandidatinnen und Kandidaten

Die Delegiertenversammlung der Kantonalpartei nominierte aus Winterthur und der Region für die Nationalratswahlen Stadträtin Barbara Günthard-Maier, die Kantonsräte Martin Farner und Dieter Kläy, die ehemalige Kantonsrätin Prisca Koller und Gemeinderat Urs Hofer.

Engagierte Jungfreisinnige

Eine grosse Winterthurer Deputation der Jungfreisinnigen steigt auf der Liste der Jungfreisinnigen ins Rennen. Für die FDP ist das ganz besonders wichtig und wertvoll, handelt es sich doch um unseren politischen Nachwuchs: Gioia Porlezza, Vizepräsidentin Jungfreisinnige Winterthur (JFW), Raphael Perroulaz, Präsident JFW, Elektra Langerweger, Quästorin JFW, Cristina Mancuso, Vorstand JFW, Nico Jacob und Philipp Jacober, Vorstand JFW.

Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

Jungfreisinnige Kanton Zürich

Gemeinsam mit der FDP in den Nationalratswahlkampf

Vier Jahre sind vergangen, es geht wieder los, und wie! Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich haben an ihrer Mitgliederversammlung vom 11. April 2019 die Liste für die Nationalratswahlen verabschiedet. Angeführt wird diese von Bettina Fahrni, Präsidentin der Jungfreisinnigen Stadt Zürich.

Man darf einen aktiven, jungen und frechen Wahlkampf erwarten, welcher an die Erfolge von vor vier Jahren anknüpfen wird. Eine breite Basis von Jungfreisinnigen engagiert sich bereits heute in Podien, Kampagnen, Kommissionen, Orts- und Bezirksparteien sowie kantonalen und nationalen Aktionen für unsere liberalen Werte. Gerade von diesen Aktionen darf man während des Wahlkampfes einiges erwarten. Geplant sind verschiedene Veranstaltungen zu aktuellen lokalen sowie schweizweiten Themen.

Wie von der stärksten Jungpartei im Kanton gewohnt, werden wir omnipräsent auf der Strasse sein. Themen haben wir genug, die wir an uns Liberale reissen können.

Gerade dieses Jahr sehen wir uns mit wegweisenden Entscheiden in unserer Gesellschaft konfrontiert, die für uns junge Freisinnige von grosser Tragweite sind. In einer so prägenden Zeit für die Zukunft ist es von zentraler Bedeutung, sich in seiner Entscheidungsfindung auf liberale Grundwerte zu konzentrieren. Die Jungfreisinnigen, als liberale Speerspitze in der Schweiz, wollen diese Werte während der Wahlen wieder aufleben lassen, und zwar mit realpolitischen Inhalten. Mit einem Plan B für eine nachhaltige Revision der Altersvorsorge, einem Referendum gegen das Taxigesetz und unserer Mittelstandsinitiative zeigen wir, dass

wir uns für liberale Werte auf allen Ebenen starkmachen. Mit unserem Nein zur STAF-Vorlage und zum EU-Waffengesetz wollen wir diese liberalen Werte auch auf Bundesebene wieder ins Bewusstsein der Politik bringen.

Die besten Lösungen entstehen aber durch den Mix zwischen den Generationen. Wir freuen uns, dieses Jahr Seite an Seite mit der FDP aufzutreten, und können allen Liberalen empfehlen, an den Veranstaltungen der Jungfreisinnigen teilzunehmen. Die Jugend von Zürich ist bürgerlich! Lassen Sie uns gemeinsam für Zürich, die Schweiz und unsere liberalen, freiheitlichen Werte einstehen und diese Wahl gewinnen!

Silvan Stöckli
Wahlkampfleiter

FDP Frauen Kanton Zürich

Die Gunst der Stunde für die FDP Frauen

Die FDP Frauen Kanton Zürich haben sich im vergangenen Kantonsratswahlkampf stark für eine gewichtige Frauenvertretung engagiert – das wurde von der Wählerschaft belohnt. Diesen Erfolg wollen wir bei den Nationalratswahlen wiederholen!

Aktuell sind die Frauen über alle Parteien im Nationalrat mit einem Drittel nach wie vor in der Minderheit, bei der FDP ist es sogar nur jeder fünfte Sitz. Im Ständerat ist – nach der erfreulichen Wahl von Karin Keller-Sutter zur Bundesrätin – nur noch rund jeder siebte Sitz von einer Frau besetzt.

Doch die FDP Frauen Kanton Zürich steigen positiv in die kommenden nationalen Wahlen. Denn sie können – trotz der insgesamt zu beklagenden Sitzverluste – eine positive Bilanz der Kantonsratswahlen ziehen: Der Frauenanteil bei der FDP wurde auf 40 Prozent gesteigert. Diese Tendenz macht Hoffnung auf mehr liberale Frauen bei den nationalen Wahlen.

In der Findungskommission für die FDP-Nationalratsliste waren Männer und Frauen – darunter auch die FDP Frauen Kanton Zürich – gleichermassen vertreten. Bei 54 Personen, die sich für eine Kandidatur interessierten, stellten sich leider nur 17 Frauen zur Verfügung. Die Liste mit den total 35 Nationalratskandidatinnen und -kandidaten zeigt, dass mit 12 Kandidaturen die Frauen anteilmässig stärker berücksichtigt wurden.

Natürlich könnte die Frauenvertretung auf der ersten Hälfte der Nationalratsliste immer noch

höher sein. Doch wir sind sehr stolz auf unsere hoch qualifizierten und kompetenten Kandidatinnen: Doris Fiala (1), Regine Sauter (4), beide bisher, sowie Barbara Günthard-Maier (7), Astrid Furrer (12), Bettina Balmer (15), Barbara Franzen (20), Prisca Koller (23), Barbara Schoch (24), Ursula Keller (25), Martina Zürcher (27), Yasmine Bourgeois (31) und Arianne Moser-Schäfer (33).

Klar ist: Eine Nationalratsliste muss alle Aspekte der Gesellschaft abbilden, Mann und Frau, Personen aus allen Regionen, Jung und Alt mit unterschiedlichem Hintergrund und Erfahrungsschatz. Jetzt gilt es, nicht nach Differenzen zu schießen, sondern die Reihen zu schliessen und zusätzliche Sitze zu machen!

Klar ist auch, dass die FDP Frauen die Kandidatur von Ruedi Noser unterstützen werden. Aber Achtung, neben Ruedi Noser eine weitere Politikerin oder einen weiteren Politiker einer anderen Partei zu wählen, bedeutet eine Schwächung unseres bewährten freisinnigen Ständerats! Er steht für eine stark wirtschaftsorientierte Positionierung und für eine fortschrittsorientierte Gesellschaftspolitik – wie auch die FDP Frauen.

Pia Guggenbühl
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich



Unsere hoch qualifizierten und kompetenten Kandidatinnen.



Digitaler Wahlkampf

Mit modernen Instrumenten Menschen erreichen

Immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf den digitalen Kanälen. Als fortschrittliche Partei wollen wir diese Chancen nutzen und investieren darum in digitale Instrumente. Eines davon halten Sie in den Händen: Ab sofort können Sie den «Freisinn» nicht nur lesen, sondern erleben.

Wir wollen bei den Menschen als liberale und fortschrittliche Kraft spürbar sein. Wir wollen sie dort erreichen, wo sie sich bewegen. Dabei werden neue Kanäle und moderne Instrumente immer wichtiger, denn immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf neuen Wegen. Sie ersetzen klassische Wahlkampfmittel nicht, sondern ergänzen sie. Als Partei des Fortschritts ist es für uns klar, dass wir diese Chancen nutzen wollen.

Haustürwahlkampf ist erfolgreich

So etwa unser digital gestützter Tür-zu-Tür-Wahlkampf (der «Freisinn» berichtete). In einigen Gemeinden in Zürich, Baselland und Luzern gingen unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von Haustür zu Haustür und wurden dabei von digitalen Instrumenten und Analysen unterstützt. Dieses neue Instrument verbindet den persönlichen Kontakt mit den neuen digitalen Möglichkeiten und ist vielversprechend angelaufen: Auswertungen von gfs.bern zeigen, dass ein um 0,5 Prozentpunkte höherer Wähleranteil erzielt werden konnte. Was auf den ersten Blick nach wenig klingt, ist in Wirklichkeit sehr viel, denn in der stabilen Schweiz können solche Verschiebungen grössere Veränderungen nach sich ziehen. Auf Anhieb einen solchen Effekt zu erzielen, ist also beachtlich. Jetzt werden wir die Massnahme noch verbessern und auf die ganze Schweiz ausweiten.

Den Freisinn nicht nur lesen, sondern erleben

Ein anderes digitales Instrument halten Sie soeben in den Händen! Den «Freisinn» wird es auch in Zukunft noch in Papierform geben, aber wir bereichern ihn digital an. Laden Sie gleich die App «XTEND» auf Ihr Smartphone, und entdecken Sie den «Freisinn» ganz neu – auf dieser Seite finden Sie zum Beispiel unser 360-Grad-Video zur Vision! Die sogenannte «Augmented Reality» bietet eine einmalige Schnittstelle zwischen klassischen Mitteln und neuen Technologien. Das Lesen wird zum Erlebnis. Wir werden nicht nur den «Freisinn» mit solchen Elementen anreichern, sondern beispielsweise auch

Unterstützen Sie uns, und folgen Sie uns hier:



Facebook: @fdp.dieliberalen



Twitter: @FDP_Liberalen



Instagram: @fdp_plr



Youtube: FDP Schweiz



Linkedin: FDP.Die Liberalen Schweiz

Plakate aufhängen, welche die Menschen durch ihr Smartphone ganz neu erleben können.

Des Weiteren hat die FDP Schweiz einen Messestand angeschafft, welcher von den Kantonal- und Ortsparteien für Anlässe gebucht werden kann. Dort haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, unsere Petra Gössi auf dem Buochserhorn zu besuchen – nämlich mit einer «Virtual Reality»-Brille. Mit diesem Messestand können wir Menschen die Möglichkeiten neuer Technologien direkt und vor Ort vorführen.

Folgen Sie uns auf den digitalen Kanälen

Wenn Sie die sozialen Netzwerke nutzen, haben Sie uns sicher schon auf Twitter, Facebook, Instagram, LinkedIn oder Youtube gefunden. Auf diesen neuen Kanälen erreichen wir mehr Menschen und können uns mit ihnen austauschen. Seit längerer Zeit übertragen wir zudem alle wichtigen Veranstaltungen live auf den sozialen Medien. Folgen Sie uns auf Facebook und den anderen Kanälen, und helfen Sie uns zu mobilisieren!

Marcel Dobler, Nationalrat SG

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



- 1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3 Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

Jetzt erst recht!

Gemeinsam die Chancen der Zukunft packen

Die letzten kantonalen Wahlen lassen aufhorchen. Die bürgerlichen Parteien haben verloren, die Grünen gewonnen. Diesen Trend einfach auf die Klima- und Umweltpolitik zu schieben, wäre aber falsch. Die Menschen wollen Lösungen für die Probleme, die sie beschäftigen. Sie glauben an die Zukunft und wollen ernst genommen werden. Hier liegt die Chance der FDP – packen wir sie!

Seit den nationalen Wahlen 2015 ist die FDP im Aufwind. Wir sind die stärkste Kraft in den Kantonen und den Städten. Aber die letzten Wahlen in den Kantonen Zürich, Baselland, Luzern und im Tessin verliefen nicht so, wie wir uns das gewünscht haben. Während die Verluste schmerzen, konnten wir aber auch einen grossartigen Sieg ver-

buchen: Die glänzende Wahl von Fabian Peter in den Luzerner Regierungsrat – und das im ersten Wahlgang. Ein frischer Wind!

Mit Herz auftreten

Nichts desto trotz: Die Wahlen sind ein klarer Weckruf! Wir dürfen uns weder auf unseren Lor-

beeren ausruhen noch uns unterkriegen lassen! Wir müssen als zukunftsorientierte, fortschrittliche Kraft mit liberalen Ideen und Lösungen auf die Sorgen der Menschen antworten. Wir müssen unsere Mitglieder mobilisieren und flächendeckend auf der Strasse präsent sein. Wir müssen mit Herz bei den Menschen auftreten. So können wir trotz Gegenwind gewinnen.

Die Menschen wollen Fortschritt!

Die kantonalen Wahlen zeigen eindrücklich: Die Menschen wollen Fortschritt. Und sie wollen für die Probleme, die sie beschäftigen, Lösungen sehen. Das heisst aber nicht, dass sie sich radikale Veränderungen wünschen. Sie wollen ernst genommen werden. Das gilt nicht zuletzt für das Thema, das die Wählerinnen und Wähler zurzeit am meisten beschäftigt: Die Umwelt- und Klimapolitik. Die FDP hat sich dieses Themas angenommen. Mithilfe der Befragung all unserer 120 000 Mitglieder werden wir noch vor den Sommerferien eine Umweltpolitik präsentieren, die nicht einfach auf Verboten und Bevormundung basiert. Das Ziel sind breit abgestützte Rezepte für eine liberale Umwelt- und Klimapolitik als echte Alternative zur staatsverliebten Politik der Grünen. Wir wollen nicht zurück, wir wollen nach vorne – denn Umweltpolitik geht uns alle an.

Gemeinsam mobilisieren und weiterkommen – jetzt erst recht!

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Strategie auf dem richtigen Weg sind. Aber wir müssen unsere Anstrengungen weiter verstärken und einen erfrischenden Wahlkampf machen. Hierfür brauchen wir jede Einzelne und jeden Einzelnen von Ihnen. Denn jeder Einzelne kann auf seine Art, mit seinen eigenen Fähigkeiten etwas zum #TeamFDP beitragen. Sei es durch die Mithilfe beim Organisieren eines Anlasses, beim Verbreiten unserer Positionen auf den sozialen Medien oder beim Unterstützen der lokalen Tür-zu-Tür-Mannschaft durch einen selbstgebackenen Kuchen.

Wir zählen auf Sie! Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter, und tragen wir unsere liberale Vision nach aussen, dann wird uns das im Herbst zugutekommen! Jetzt erst recht!

Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen

Jetzt beim #TeamFDP anmelden!

Um Teil des #TeamFDP zu werden, können Sie sich anmelden unter

<https://www.teamfdp.ch/mitmachen>

oder das Bild mit der XTEND-App scannen.



Für die Wahlen im Herbst müssen wir zu den Leuten gehen und mobilisieren – es braucht jetzt alle!



«Der bilaterale Weg ist die Schweizer Lösung»

Hans Hess zum Rahmenabkommen

Für die Schweizer Wirtschaft ist das Rahmenabkommen von grosser Bedeutung. Hans Hess, Präsident des Industrieverbandes Swissmem, äussert sich im Interview über den Wert der Bilateralen, nötige Klärungen und den Mehrwert des Rahmenabkommens für die Bevölkerung.

Herr Hess, der Schweizer Wirtschaft geht es heute gut. Und morgen? Das hängt wesentlich davon ab, ob in der Schweiz die bisher guten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestehen bleiben. Die Schweizer Unternehmen haben in der Vergangenheit stets die richtigen Antworten auf konjunkturelle Schwankungen oder technologische Herausforderungen gefunden. Das wird auch künftig so sein.

Die Rahmenbedingungen entscheiden jedoch darüber, ob die Unternehmen die jeweils notwendigen Massnahmen in der Schweiz umsetzen oder im Ausland. Letzteres gilt es zu verhindern. Und da ist die Politik gefordert.

Sie haben sich für das Rahmenabkommen starkgemacht. Warum? Mit dem bilateralen Weg hat die

Schweiz im Verhältnis zur EU die bestmögliche Lösung gefunden. Er wurde mehrmals vom Volk in Abstimmungen gestützt und ist weiterhin der einzig mehrheitsfähige Weg. Das institutionelle Abkommen eröffnet der Schweiz die Chance, diesen bilateralen Weg auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen und den privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern. Das war, ist und bleibt das Hauptziel. Zudem schafft es Rechtssicherheit, ermöglicht den Abschluss neuer Abkommen, bewahrt die schweizerische Souveränität und bringt einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus.

Wären diese Vorteile nicht auch ohne Rahmenabkommen zu haben? Die Frage ist hier: Was wären die Alternativen? Eine noch stärkere Integration mittels EWR- oder sogar EU-Beitritt kommt für mich nicht in Frage und wäre auch nicht mehrheitsfähig. Ohne institutionelles Abkommen wird sich der Marktzugang zum wichtigsten Absatzmarkt verschlechtern, weil die EU nicht mehr bereit ist, die bestehenden Marktzugangsabkommen zu aktualisieren. Mittelfristig drohen so die Wirtschaftsbeziehungen zur EU materiell auf das Niveau des veralteten Freihandelsabkommens von 1972 zurückzufallen. Auch das ist keine Option. Es ist deshalb unsere grosse Verantwortung, den erfolgreichen und massgeschneiderten bilateralen Weg für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür braucht es das institutionelle Abkommen. Und zwar jetzt.

Sind Nachverhandlungen nötig? Die EU hat mehrmals betont, dass es keine Nachverhandlungen geben wird. Es braucht aber eine Handvoll Klärungen. Solche Klärungen sind laut EU-Kommission möglich. Aus meiner Sicht betrifft dies folgende Punkte: Erstens muss die EU zusichern, dass die Schweizer Lohnkontrollen der Sozialpartner nicht durch das EU-Entsenderecht und die Durchsetzungsrichtlinie beeinträchtigt werden. Zweitens muss sichergestellt werden, dass bei der Unionsbürgerrichtlinie maximal die Bestimmungen mit konkretem Bezug zum Arbeitsmarkt übernommen werden müssen. Und schliesslich soll bei den staatlichen Beihilfen die auch für Unternehmen wichtige Steuerhoheit der Kantone sowie der Schweiz nicht beschränkt werden.

Was hätte denn die breite Bevölkerung von einem Rahmenabkommen? Mit einem Ja zum Rahmenabkommen schüfe das Volk die Voraussetzungen dafür, dass die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Im Gegenzug erhielte das Volk Investitionen in den hiesigen Standort, sicherere Arbeitsplätze, Wohlstand und somit auch genügend Mittel für die Sozialwerke, Bildung, öffentliche Einrichtungen sowie die Bewahrung der Umwelt. Das Erfolgsmodell Schweiz fände seine Fortsetzung. So können wir gemeinsam weiterkommen.

Gemeinsam statt gegeneinander!

Die Schweiz glänzt heute durch gute Rahmenbedingungen, Offenheit für die Digitalisierung und Sozialwerke, die niemanden auf der Strecke lassen. Das ist nicht selbstverständlich. Denn mit radikaler Umverteilung und Rückwärtsgewandtheit gefährdet die Linke den Zusammenhalt in unserem Land.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen und kann unsere Gesellschaft in wichtigen Fragen, wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiterbringen. Für die Linke dagegen ist sie primär eine Horrervision. Gefordert wird u. a. ein «Recht auf eine analoge Welt» oder ein Recht auf Abschalten aller Kommunikationsgeräte nach Arbeitsschluss. Das ist nicht nur kaum umsetzbar und bevormundend, sondern auch kurzsichtig. Diese Rückwärtsgewandtheit gefährdet Arbeitsplätze und widerspricht den Bedürfnissen der Menschen: Denn unsere Gesellschaft ändert sich. Wir sollten auf diese neuen Realitäten eingehen und mehr Flexibilität ermöglichen – auch im Interesse des gesellschaftlichen Miteinanders.

Realitätsferner «Klassenkampf»

Gefährdet wird das «Miteinander» auch an anderer

Stelle. In Klassenkampfmanier haben die JUSO kürzlich ihre 99-Prozent-Initiative eingereicht. Sie wollen damit Kapitaleinkommen 1,5-mal so stark besteuern wie Arbeitseinkommen. Geht es nach der Linken, sind wohlhabende Personen und die Wirtschaft die Wurzel allen Übels und tragen nichts zur Allgemeinheit bei. Die Realität sieht anders aus: Die Schweiz ist das europäische Land mit der ausgewogensten Einkommensverteilung vor Steuern und Unterstützungszahlungen. Die Zahlen zeigen, dass der erarbeitete Wohlstand in der Schweiz allen zugutekommt.

Beitrag zum Zusammenhalt der Schweiz

Die 99-Prozent-Initiative verzerrt die Realität und dividiert eine sehr gut funktionierende Schweiz unnötig auseinander. Denn mit guten steuerlichen Standortbedingungen tragen wir dazu bei, dass in



Ruedi Noser

die Schweiz investiert wird und Arbeitsplätze entstehen. Ich leiste gerne meinen Beitrag, weil er dazu beiträgt, Erfolg zu ermöglichen, und meinen Kindern wieder Chancen gibt – damit wir gemeinsam weiterkommen. Ob bei der Besteuerung oder der Digitalisierung: Wir sollten unsere Stärken wahren und nicht damit anfangen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Stärken wir das Unternehmertum

Wenn die Schweiz für die Menschen im Land Perspektiven ermöglichen will, dann müssen wir den Arbeitsplätzen und dem Unternehmertum Sorge tragen. Die Politik muss Raum lassen für unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und Innovation.

Menschen brauchen Perspektiven: Das Gründen eines Unternehmens sollte einfach und attraktiv sein, denn Selbstständige bringen die Schweiz voran. Die Anerkennung der Selbstständigkeit ist leider oft viel zu schwierig – aufgrund der Bürokratie. Praxisgemeinschaften, Untermietverhältnisse oder Arbeitsgemeinschaften sind diese Kooperationen nur eingegangen, um Effizienzgewinne zu realisieren. Sie werden aber oft zu Unrecht als eigenständige wirtschaftliche Einheiten und damit als Mehrwertsteuerpflichtig eingestuft.

Start-ups stärken

Mit einem Vorstoss will ich die Selbstständigkeit vereinfachen und die Behördenwillkür einschränken: Wer als Selbsterwerbender AHV-angestellter ist, ist als eigenständige wirtschaftliche Einheit (insbesondere bei der MWST) zu behandeln. Und wer bei der AHV als selbstständig anerkannt wird, soll es auch bleiben können.

Auch meine Fraktionskollegen sind bestrebt, das Unternehmertum zu stärken: Ein Vorstoss von Ruedi Noser will Start-ups und Familienunternehmen bei Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich entlasten und so die Innovationsförderung vorantreiben.

Und NR Regine Sauter fordert, dass Jungunternehmer selber entscheiden können, ob sie bei der Arbeitslosenversicherung versichert sein und somit Lohnbeiträge entrichten wollen oder nicht. Denn sie haben heute keinen unmittelbaren Anspruch auf ALV-Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Anstelle einer Versicherung wäre Start-ups eher gedient, wenn sie diese Mittel zielgerichtet ins Unternehmen investieren könnten.

Regulierungsflut bremsen

Ein zentrales Anliegen ist uns zudem die Bekämpfung der zunehmenden Menge an neuen Regulierungen. Die FDP-Fraktion lancierte eine «Regulierungsbremse» nach dem Vorbild der bewährten



Daniela Schneeberger

Schuldenbremse. Während das Parlament den Handlungsbedarf erkannt hat, ist der Bundesrat bei diesem wichtigen Thema viel zu zögerlich. Nur wenn es uns gelingt, den Unternehmerinnen und Unternehmern den Rücken zu stärken, bleiben wir als Land erfolgreich und können für die Menschen Perspektiven schaffen. Und nur wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sind, haben wir auch die nötigen finanziellen Ressourcen, um drängende Probleme unserer Gesellschaft anzugehen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Ja zu gleich langen Spiessen für KMU

Ja zur AHV-Steuervorlage

Die AHV-Steuervorlage schafft die nicht mehr akzeptierte Sonderbesteuerung ab und sieht dabei Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Für den Schweizer Wirtschaftsstandort und insbesondere die KMU bietet die AHV-Steuervorlage ein grosses Plus.

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Unternehmensbesteuerung international stark verändert. Zu den international nicht mehr akzeptierten Steuerpraktiken zählt die kantonale Sonderbesteuerung, von der bisher international tätige Statusgesellschaften profitieren. Ihr Gewinnsteuersatz ist im Vergleich zu anderen Unternehmen niedriger. Die AHV-Steuervorlage ermöglicht die Abschaffung dieser Sonderbesteuerung.

Diese Ausnahmeregelungen ganz ohne Begleitmassnahmen abzuschaffen, ist jedoch keine Option, weil das zu einem extremen Anstieg der Steuerlast führen würde. Die Folgen wären Abwanderung von wichtigen Steuerzahlern, weniger Aufträge für KMU und Verluste von Arbeitsplätzen – eine Ablehnung der AHV-Steuervorlage

schadet dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz massiv.

Ein Nein hätte erhebliche Auswirkungen

Ich höre oft die Aussage, «der Exodus wichtiger Beitragszahler in die Kassen der direkten Bundessteuer hätte keine erheblichen Auswirkungen auf das Schweizer Wirtschaftsgefüge». Das ist falsch.

«Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren.»

Heute machen die von diesen Unternehmen bezahlten Steuern fast 50 Prozent der Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung aus. Das entspricht über 5 Milliarden Franken. Zusätzlich entrichten Statusgesellschaften weitere Milliarden in Form von Abgaben wie zum Beispiel der Mehrwert- und Liegenschaftssteuer, der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Einkommenssteuern der Arbeitnehmenden. Es ist also entscheidend, diese grossen Steuerzahler in der Schweiz zu halten. Nur so können wir der gesamten Bevölkerung ein gutes Niveau von staatlichen Leistungen garantieren. Die Schweiz benötigt eine Steuerreform, welche trotz Abschaffung der Steuerprivilegien attraktiv für die internationalen Unternehmen bleibt.

Standortattraktivität mit der Steuervorlage erhalten

Die AHV-Steuervorlage schafft die Sonderbesteuerung ab und sieht Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Die Patentbox zum Beispiel fördert Forschung und Entwicklung, indem die Gewinne daraus ermässigt besteuert werden. Das Instrument ist international erprobt und breit akzeptiert. Damit die Schweiz im internationalen Wettbewerb fit bleibt, braucht sie gleich lange Spiesse wie ihre Konkurrenzstandorte.

Die AHV-Steuervorlage sieht noch weitere Abzüge bei Investitionen in Forschung und Entwicklung vor. Dies ist insbesondere für die innovativen KMU interessant, denn für sie ist ein starkes und internationales wirtschaftliches Umfeld unverzichtbar. Die sogenannten Statusgesellschaften sind wichtige Nachfrager ihrer Produkte und Dienstleistungen. Der Schweizer Wirtschaftsstandort und die KMU sind auf ein attraktives Steuersystem angewiesen, und genau dieses bietet die AHV-Steuervorlage.

Sagen Sie Ja zu einem starken Standort

Die Standortattraktivität mittels AHV-Steuervorlage zu erhalten, ist sehr wichtig und dringend. Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren, Arbeitsplätze schaffen und sich damit massgeblich an der Finanzierung unseres Staats beteiligen. Deshalb sagt die FDP klar Ja zur AHV-Steuervorlage und damit Ja zu einer Schweiz mit Zukunft.

Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat ZH

Das Arbeitsrecht an die heutigen Bedürfnisse anpassen

Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice

Nach der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat auch diejenige des Ständerats meiner parlamentarischen Initiative mit dem Titel «Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice» zugestimmt. Um Beruf und Familie besser in Einklang bringen zu können und die Pendlerströme zu reduzieren, soll die Gestaltungsfreiheit der Arbeitnehmenden im Homeoffice erhöht werden. Dafür soll der Spielraum bei der Einteilung ihrer Arbeitszeit erhöht werden.

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter, aber unser Arbeitsrecht ist noch industriell geprägt. Zurzeit steht im Gesetz, dass die Arbeit an einem Tag innerhalb eines Zeitraums von 14 Stunden erbracht werden muss. Das heisst nicht, dass die Arbeitnehmenden an einem Tag während 14 Stunden beschäftigt werden dürfen. Das heisst nur, dass Arbeitnehmende, die ihre Arbeit z.B. um 7 Uhr aufgenommen haben, ab 21 Uhr nicht mehr arbeiten dürfen, und zwar unabhängig davon, wie viele Stunden sie zwischen 7 Uhr und 21 Uhr gearbeitet haben.

Arbeitsrecht an heutige Bedürfnisse anpassen

Die Realität sieht heute jedoch u.a. aufgrund der Digitalisierung für immer mehr Leute anders aus. In vielen Branchen findet bereits ein flexibler Umgang mit Homeoffice statt. Je nach Ausgestaltung befindet man sich aber, ohne es zu wissen, in einem juristischen Graubereich.

Die Initiative will die rechtlichen Grundlagen an

die heutige Zeit anpassen, auf die aktuellen Bedürfnisse eingehen und dieser unnötigen, veralteten Bürokratie den Riegel schieben. Neu soll es Müttern und Vätern, die beispielsweise um 7 Uhr ihre Kinder wecken und um 21 Uhr ins Bett bringen, erlaubt sein, vor und nach der Kinderbetreuung noch ein geschäftliches Mail zu schreiben, um sich zwischen 18 und 21 Uhr voll und ganz der Kinderbetreuung widmen zu können. Darum soll der Zeitraum der Arbeit von 14 Stunden auf 17 Stunden erweitert werden.

Es ist aber explizit nicht das Ziel, die wöchentliche Höchstarbeitszeit anzutasten. Die maximale Dauer der Arbeitszeit – wöchentlich 45 Stunden oder im Schnitt neun Stunden pro Tag – bleibt durch die Initiative unberührt. Zudem gilt auch weiterhin die individuell festgelegte Arbeitszeit, meist 42 Stunden pro Woche. Auch soll niemand dazu verpflichtet werden, 17 Stunden pro Tag zu arbeiten. Dies aus dem einfachen Grund, dass die



Thierry Burkart

gesetzlich festgelegte, tägliche Ruhezeit weiterhin mindestens 11 aufeinander folgende Stunden beträgt.

Es geht also schlicht um eine Modernisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen, damit wir auch arbeitsrechtlich für das digitale Zeitalter bereit sind. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung voll ausnutzen und den Arbeitnehmenden ermöglichen, vom technologischen Fortschritt zu profitieren.

Thierry Burkart, Nationalrat AG

Arbeitsmarkt 2.0

Die Gesetzgebung muss angepasst werden

Die Welt ändert sich sehr schnell. Bisher krönte oft ein gut bezahltes Angestelltenverhältnis die Karriere, doch neu tendiert die Gesellschaft zu differenzierteren Arbeitsmodellen.

Diese Entwicklung hat viele Gründe: Viel mehr erwerbstätige Frauen, eine gleichberechtigte Aufgabenverteilung im Haushalt und die Digitalisierung waren Auslöser für viele neue Arbeitsmodelle.

Erwerbstätigkeit und Innovation fördern

Lange wurden Arbeitnehmende einfach gemäss Abhängigkeitsverhältnis in bestimmte Kategorien eingestuft (angestellt vs. selbstständig). Das ist inzwischen oft überholt: Das Arbeitsinstrument (z.B. Auto des Taxifahrers) ist häufig Eigentum des Arbeitnehmers, die Arbeitszeiten sind flexibler, und sogar die Arbeitsverhältnisse und Hierarchien sind nicht mehr so klar wie früher («Freelancer»).

Unsere Gesetzgebung muss somit angepasst werden. Die Gewerkschaften wollen die starren Arbeitsregeln für Angestellte auf alle Erwerbstätigen anwenden. Grosse Digitalunternehmen hingegen sehen eine Gelegenheit, die Arbeitskosten massiv zu reduzieren.

Die Antwort liegt, wie so oft, in der Mitte. Die FDP will die rechtlichen Bestimmungen anpassen, um sicherzustellen, dass alle einen genügenden und wirksamen sozialen Schutz haben. Dadurch werden auch Wettbewerbsverzerrungen vermieden und neue Angebote ermöglicht.

Konkret fordert die FDP die Prüfung eines Zwischenstatus – jenen des unabhängigen Arbeitneh-



Philippe Nantermod

mers. Ein solcher profitiert von einem vereinfachten Regime. Er hat gewisse Sozialversicherungspflichten, kann aber solchen entgehen, die für seinen Status nicht relevant sind. Unser Ziel: die Erwerbstätigkeit und die Innovation fördern – ohne aber das Arbeitsrecht zu unterwandern.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Visionen gehören in eine nachhaltige Unternehmenskultur

Als freisinnige Unternehmerin engagiere ich mich aus wirtschaftlicher, aber auch aus persönlicher Überzeugung für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt. Ich begrüsse es sehr, dass die FDP das Thema stärker in den Vordergrund rückt.

Wer als KMU seit fast 100 Jahren auf dem Markt besteht, kommt nicht um eine nachhaltige Unternehmenskultur herum. Diese umfasst nicht nur den sorgsamsten Umgang mit Mitarbeitenden, sondern auch mit den verwendeten Materialien und der Umwelt, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bereits in dritter Generation führen wir als Partner die Fröhlich Info AG in Zollikon. Die grafische Branche musste sich bereits in den 90er-Jahren stark mit der emissionsfreien Produktion auseinandersetzen: Silber in den Filmen und umweltbelastende Farben, das konnte nicht sein. Wir entschlossen uns als Jungunternehmer, diese Problematik anzugehen und Lösungen zur Beseitigung von Umweltsünden zu erarbeiten. Dies hatten wir innert kurzer Zeit geschafft und sind seither immer drangeblieben. Bereits in den 80er-Jahren begeistert von der Solarenergie, gehörte eine Solaranlage

zu unseren ersten grossen Investitionen. Seit 1999 produzieren wir Solarstrom, inzwischen den Jahresbedarf von zehn Haushalten. Und wir fahren Elektromobile. Seit jeher haben wir bewusst auf Innovation und Nachhaltigkeit gesetzt, mit Erfolg.

Kluge Anreize setzen

Gerade aus Unternehmenssicht ist Umweltpolitik auch Wirtschaftspolitik. Dafür braucht es aber mehr als nur Eigeninitiative. Es braucht die richtigen Anreize, die Innovationen und eine besonders effiziente Produktion fördern. Dann entsteht automatisch eine nachhaltigere Wirtschaft. Und als Grundvoraussetzung für diese Nachhaltigkeit sollen in der Schule Umweltthemen noch stärker gewichtet werden.

Von der Politik erwarte ich insbesondere, dass sie Anreize für eine umweltschonende Wirtschaft



Claudia Eberle-Fröhlich und Ehemann Heinz mit der Solaranlage auf dem Dach der Fröhlich Info AG in Zollikon.

ermöglicht. Eine staatliche Überregulierung mit unnötigen Gesetzen, Kontrollen und Vorschriften ist zu vermeiden.

Claudia Eberle-Fröhlich
Unternehmerin und FDP-Mitglied

Nur gemeinsam kommen wir weiter

In dieser Ausgabe beleuchten wir im Fokus Wirtschaftspolitik verschiedene Aspekte. Aber was haben das Rahmenabkommen, «Home Office» und umweltbewusste Unternehmer miteinander zu tun? Zum Abschluss des Themenschwerpunktes erläutere ich Ihnen den Zusammenhang hinter diesen verschiedenen Themen.

Die Schweiz ist ein Unternehmerland: Weit über 600 000 Unternehmen sind hier zu Hause – 99 Prozent davon sind KMU. Sie sind das Rückgrat für den Erfolg und Wohlstand in der Schweiz. Wir müssen uns bewusst sein: Wir alle sind die Gesellschaft. Und wir alle sind die Wirtschaft. Um gemeinsam weiterzukommen, müssen wir alle etwas geben, erhalten aber auch etwas zurück.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Wir Unternehmer brauchen optimale Rahmenbedingungen, um konkurrenzfähig zu bleiben und unsere Arbeitsplätze halten zu können. Dafür ist es zentral, den bilateralen Weg zu sichern und weiterzuentwickeln, wie Hans Hess deutlich gemacht hat. Gleichzeitig braucht es wirksame innenpolitische Massnahmen, worauf Hans-Ulrich Bigler, Daniela Schneeberger und Ruedi Noser eingehen. Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, die Bürokratie

zurückbinden und dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen einfach und attraktiv bleiben.

Moderne Arbeitsbedingungen für die Menschen

Zugleich dürfen wir als Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur Forderungen stellen, sondern stehen auch selber in der Pflicht: Wir haben unseren Angestellten faire und moderne Arbeitsbedingungen zu bieten. Dazu gehört, über neue Arbeitsmodelle nachzudenken und Hand zu bieten für eine möglichst flexible Ausgestaltung der Arbeitszeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt nicht nur im Interesse der arbeitenden Mütter und Väter, sondern letztlich auch in unserem. Auch hier braucht es Verbesserungen, wie Philippe Nantermod und Thierry Burkart aufzeigen.

Gemeinsam anpacken

Damit komme ich zur Umweltpolitik, die Wirt-



Hansjörg Brunner

schafts- und Gesellschaftspolitik zusammenbringt. Mit Claudia Eberle-Fröhlich steht eine Unternehmerin stellvertretend für viele Freisinnige, die sowohl in ihrem Betrieb als auch privat Innovation und Nachhaltigkeit leben. Denn nur eine gesunde Wirtschaft hat die Kraft und Innovationsfähigkeit, gemeinsam mit der Gesellschaft die Herausforderungen im Bereich Klima und Umwelt anzupacken – damit wir gemeinsam weiterkommen!

Hansjörg Brunner
Nationalrat TG



Sicherheit und Wohlstand

Gastbeitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Am 19. Mai 2019 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über zwei Vorlagen ab, die mir als freisinnige Bundesrätin besonders wichtig sind: Es geht um unseren Wohlstand und um unsere Sicherheit.

Liebe Freisinnige

Seit zehn Jahren arbeiten unsere Sicherheits- und Asylbehörden eng mit den Schengen- und Dublin-Staaten zusammen. Zu dieser Zusammenarbeit gehört auch, dass die Schweiz die Änderungen an der EU-Waffenrichtlinie umsetzt. Bei deren Aktualisierung konnte die Schweiz mitreden, danach haben Bundesrat und Parlament den Spielraum bei der Umsetzung genutzt.

Die Teilrevision des Waffenrechts sieht verschiedene Massnahmen gegen den Missbrauch von Waffen für kriminelle Zwecke vor. Neu müssen alle wesentlichen Waffenbestandteile markiert werden. Das erleichtert es der Polizei, die Herkunft einer Waffe zu klären und den Schwarzmarkt besser zu bekämpfen. Zudem müssen die Schengen-

Länder künftig melden, wenn sie jemandem aus Sicherheitsgründen eine Waffe verweigern.

Niemand wird entwaffnet

Für Schützinnen und Schützen gibt es administrative Änderungen beim Umgang mit bestimmten halbautomatischen Waffen: ein neues Formular,

ein zusätzlicher Nachweis, allenfalls eine Meldung für das kantonale Register. Für Soldaten zum Beispiel ändert sich nichts, sie können ihre Armee-Waffe nach dem Militärdienst weiterhin direkt übernehmen.

Die ursprünglichen Befürchtungen der Schützen haben sich also nicht bewahrheitet: Niemand wird entwaffnet. Anlässe wie etwa das Feldschiessen können wie bisher stattfinden.

Die Änderungen sind auf der Linie der Schweizer Politik im Umgang mit Waffen: Sie verbessern den Schutz der Bevölkerung, ohne die Tradition des Schiesswesens anzutasten.

Schengen/Dublin steht auf dem Spiel

Passt die Schweiz ihr Waffenrecht nicht an, steht die Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staaten auf dem Spiel. Die Schweiz würde vom Fahndungssystem SIS abgehängt. Für die Polizei ist das ein unabdingbares Instrument in der täglichen Arbeit, um Verbrechen und Kriminalität effizient zu bekämpfen. In den letzten zehn Jahren gab es im Schnitt jeden Tag eine Verhaftung in der Schweiz oder für die Schweiz in einem anderen Land Europas. Und die Schweiz würde für abgewiesene Asylsuchende attraktiv. Sie müsste wieder Asylgesuche von Menschen prüfen, deren Gesuch in einem europäischen Land bereits abgelehnt wurde.

Betroffen wären aber auch andere Bereiche: Europareisende, beispielsweise aus asiatischen Ländern, würden für die Schweiz ein zusätzliches Visum brauchen. Die Gefahr besteht, dass unser Land von ihrer Reiseroute gestrichen wird. Darunter würde die Tourismusbranche leiden. Das Schengen-Visum trägt auch massgeblich zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz bei: So kann zum Beispiel ein indischer Mitarbeiter eines hiesigen Unternehmens dank des Schengen-Visums ohne weiteres eine Konferenz im Nachbarland besuchen. Ohne solche Möglichkeiten könnte die Schweiz als Standort an Attraktivität verlieren.

Eingeschränkte Reisefreiheit

Auch unsere Reisefreiheit würde ohne die Zusammenarbeit eingeschränkt: An den Grenzen zu den Nachbarstaaten würden wieder systematische Personenkontrollen eingeführt. Lange Wartezeiten und Staus im Strassenverkehr oder Verspätungen für Zugreisende wären die Folge. Alles in allem wür-

«Die Mitgliedschaft bei Schengen/Dublin ist nicht nur für die innere Sicherheit und das Asylwesen zentral. Wichtig ist es auch für die Wirtschaft und unsere Reisefreiheit.»

«Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar.»

de ein Wegfall dieser Zusammenarbeit laut einem Bericht des Bundesrates die Schweizer Volkswirtschaft jährlich Milliarden kosten.

Die Mitgliedschaft bei Schengen und Dublin ist also nicht nur für die innere Sicherheit unseres Landes und das Asylwesen zentral. Auch die Wirtschaft, vor allem der Tourismus, profitiert davon, genauso wie unsere Reisefreiheit.

Ein Nein am 19. Mai würde diese Mitgliedschaft nach 90 Tagen automatisch beenden. Es sei denn, die Schweiz findet in dieser kurzen Zeit mit der EU-Kommission und allen Schengen-Staaten eine Lösung. Diese Hürde ist hoch und das Risiko, dass die Schweiz ausgeschlossen wird, sehr gross.

Für den Bundesrat ist deshalb klar: Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar. Es gibt keinen Grund, deshalb die für uns so wichtige Zusammenarbeit mit Europa aufs Spiel zu setzen.

Arbeitsplätze und AHV sichern

Um nichts weniger als um den wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz und eine verlässliche Altersvorsorge geht es in der zweiten Vorlage. Mit dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) gehen wir also gleich

sichern wir Arbeitsplätze und ganz allgemein den Wohlstand im Land. Denn mit der Zusatzfinanzierung der AHV wird auch ein sozialer Ausgleich für die steuerliche Entlastung der Unternehmen geschaffen. Der Bundesrat unterstützt diesen sozialen Ausgleich ausdrücklich. Denn damit erhält die AHV dringend benötigte Mehreinnahmen, und das kommt der ganzen Bevölkerung zugute.

Diese ausgewogene Lösung trägt zu gesunden öffentlichen Finanzen bei, sichert attraktive Arbeitsplätze und stärkt gleichzeitig die AHV. Deshalb ist sie wichtig für den Wohlstand in unserem Land.

Beide Vorlagen, die Teilrevision des Waffenrechts sowie die Steuerreform und die AHV-Finanzierung, liegen mir am Herzen, deshalb setze ich mich für sie ein. Im Namen von Bundesrat und Parlament empfehle ich Ihnen zweimal ein Ja am 19. Mai.

Karin Keller-Sutter
Bundesrätin



Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und sehen Sie die Video-Botschaft von Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

«Die STAF ist wichtig für den Wohlstand in unserem Land.»

zwei grosse Herausforderungen an. Von links bis rechts bestreitet denn auch niemand, dass in beiden Bereichen dringend Reformen notwendig sind.

Bei der Unternehmensbesteuerung besteht aus zwei Gründen Handlungsbedarf: Die Schweiz muss im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben, gerade auch um Arbeitsplätze zu sichern. Zudem stehen heute Sonderregelungen zugunsten von vorwiegend international tätigen Unternehmen nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards.

Eine wichtige Investition

Die Steuermassnahmen bedeuten zwar für Bund, Kantone und Gemeinden kurzfristig Mindereinnahmen. Aus der Sicht von Bundesrat und Parlament ist das aber gut investiertes Geld, denn damit

«Darum bin ich freisinnig»

Viele Leute haben sich in den letzten Wochen und Monaten entschlossen, Mitglied der FDP zu werden. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen wissen, was sie dazu bewegt hat. Den Anfang macht Arber Marniku von der FDP Oberentfelden.

Ich bin Schweizer mit einem kosovarischen Namen, Arber Marniku. Warum ich das erwähne? Woher denn mein Name stamme, ist meist die erste

Frage, die man mir stellt. Dabei gäbe es spannende Dinge über mich zu erfahren.

Ich bin auch selbstständiger Unternehmer, Mit-



Was passiert hier? Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und erfahren Sie mehr!

gründer eines Buchclubs zu Persönlichkeitsentwicklung und seit neuestem Parteimitglied der FDP Oberentfelden.

Ob im linken oder im rechten Lager, ich stimme mit jedem überein, der die Schweiz, ihre Bevölkerung und unsere Mitmenschen rund um den Globus weiterbringt. Extreme sind diesbezüglich kontraproduktiv.

Der Auslöser dafür, der FDP beizutreten, war die Entscheidung, mich selbstständig zu machen. Man muss als Unternehmer zuhören und wissen, was die Bedürfnisse der Menschen sind. Man muss Entscheidungen treffen. Und man muss sich eine eigene Meinung bilden können. Und genau das ist bei der FDP wichtig: Bei der FDP steht der Mensch im Zentrum und keine Ideologie. Man ist frei, sich in allem eine eigene Meinung zu bilden. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung werden bei der FDP grossgeschrieben. Das schätze ich.

«Leben, das ist das Allerseltenste in der Welt – die meisten Menschen existieren nur.» (Oscar Wilde) Dieses Zitat von Oscar Wilde reflektiert stark die Ziele, die ich mit der FDP erreichen will. Nur zu existieren, hat etwas mit Routine zu tun. Und Routine ist nicht nur langweilig, sondern auch schädlich in einer sich schnell wandelnden Welt wie unserer. Wirklich leben bedeutet Neues lernen, Offenheit zu zeigen und nach Fortschritt zu streben.

Arber Marniku, FDP-Mitglied seit Februar 2019

FDP Schweiz

Neumitgliederaktion – Helfen Sie mit!

Die Neumitgliedergewinnung und -pflege ist eine absolute Notwendigkeit, um die Partei auf lange Sicht am Leben zu erhalten. Dies lässt sich mit einfachen Mitteln institutionalisieren. Helfen Sie mit – denn so können wir sicherstellen, dass wir zusammen erfolgreich die Wahlen bestreiten können.

Als Mitglied des Vorstands der FDP Schweiz leite ich das «Mitglieder-Ressort», die für die Betreuung der Beitragszahler unserer Partei, für das Angebot effektiver Kommunikationsplattformen und für die Suche nach neuen Mitgliedern zuständig ist.

Flyer für Neumitglieder

Ende Mai erhält jedes Mitglied per Post Neumitglieder-Flyer. Nehmen Sie diese mit an Anlässe, damit Sie auch im persönlichen Gespräch Mitglieder anwerben können. Nachschub erhalten Sie unter info@fdp.ch. Potenzielle Mitglieder finden sich vor allem auch im persönlichen Umfeld. Suchen Sie im Verwandten- und Bekanntenkreis nach politinteressierten Personen, und laden Sie diese an eine Veranstaltung ein. Das ist der erste Schritt zu

einer Parteimitgliedschaft. Gerade, um Personen besser kennen zu lernen und herauszufinden, ob sie sich für eine Funktion, eine Kandidatur oder ein anderes Engagement interessieren, ist der persönliche Kontakt unumgänglich.

Videos sind willkommen

Ebenso sind immer mehr Menschen auf Social-Media-Kanälen unterwegs. Nutzen Sie diese Kanäle, um die Leute über die Aktivitäten der FDP zu informieren. Dies wird bei interessierten Personen garantiert wahrgenommen.

Auch wir werden von unserer Seite mit kurzen Videobotschaften auf die Neumitgliederaktion aufmerksam machen. Laden Sie neue Mitglieder ein, mitzumachen mit einem kurzen Handyvideo.



Philippe Nantermod will mehr Neumitglieder.

Als eine moderne Partei für Jung und Alt liegt es uns am Herzen, dass die Bedürfnisse aller Altersklassen berücksichtigt werden – wir bieten spannende Plattformen vom Mentoring-Programm bis hin zur FDP 60plus. Packen wir dies also gemeinsam an – danke für Ihren Einsatz! Je grösser die Mobilisierung, desto besser das Wahlergebnis im Herbst!

Philippe Nantermod, Nationalrat FDP VS

Von Tür zu Tür – Erwartungen übertroffen

Gemeinsam weiterkommen.

Es wurde viel geschrieben über den Haustür-Wahlkampf der FDP. Doch wie fühlt es sich eigentlich an, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Leuten an? Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Besser kann es nicht gehen: Eben hat uns eine Frau gesagt, sie würde künftig gerne Infos unserer Ortspartei erhalten. Sie ist schon die dritte Person, die Sympathisantin werden möchte. Wir sind unterwegs in Wädenswil in einem Quartier, das laut Analysen von gfs und gemäss unseren Erfahrungen FDP-freundlich ist.

Im Vorfeld der Kantonsratswahlen vom März 2019 waren wir mit zwei Teams unterwegs. Ein Experiment für uns, mit dem Ziel, Erfahrungen zu sammeln. Die Neugier treibt uns an. Wie reagieren die Leute, wenn man an ihrer Tür läutet? Das Konzept ist bestechend, Big Data mit physischer Präsenz zu vereinen. Aktionen auf der Strasse, aber auch die Möglichkeiten von Social Media nutze ich in allen Wahlkämpfen. Was bringt deren Verbindung?

Das Eis ist schnell gebrochen

Zugegeben: Um von Tür zu Tür zu gehen, muss man sich aufraffen. Aber es ist wie Aufräumen; einmal gestartet, läuft es am Schnürchen. Ein gutes

Auftreten will geübt sein. Man ist in einem Zweier-team unterwegs. Der Sprecher sollte ein «Smalltalker» sein, aber nicht penetrant. Wenn man sich als Amtsträger vorstellen kann, hilft das ungemein. Ich begann das Gespräch also folgendermassen: «Grüezi, ich bin Astrid Furrer, Stadträtin und Kantonsrätin.» Et voilà, das Eis war gebrochen.

Die Qualität der Gespräche war sehr hoch, mehr als acht Kontakte pro Stunde sind daher kaum zu realisieren. «D2D» eröffnet die Chance, zu ausgewählten Themen Meinungen einzuholen, taugt für Ortsparteien zur Beziehungspflege und eignet sich gut für Umfragen. Erstaunt waren wir, dass wir nie «davongejagt» wurden. Da sind unsere Erfahrungen weit weg von denen unseres Kollegen vom Zürcher Kreis «Cheib», dem auch schon Bierflaschen nachgeworfen wurden.

Entspannte Gespräche

Die Kontakte gestalteten wir nicht als Interview, sondern als Gespräch. Die Daten gaben wir darum nicht, wie vorgesehen, während des Gesprächs in



Astrid Furrer unterwegs von Tür zu Tür.

die App des Mobiltelefons ein. Dies führte zu einer entspannten Atmosphäre. Wir machten uns hingegen Notizen und gaben die Ergebnisse danach über die Website von ecanvasser.com ein. Wer seine E-Mail-Adresse bekannt gab, unterschrieb den Fragebogen aus Datenschutzgründen.

Ideal erwies sich der Einsatz von 17 Uhr bis zum Eindunkeln um 19 Uhr. Im Sommer kann man gut eine Stunde später starten. Der Einsatz braucht Energie, mehr als zwei Stunden sind nicht zu empfehlen. Entgegen unseren Erwartungen waren viele bereits zu Hause. Widerlegt wurde auch die gängige Meinung, dass die Schweizer um 18 Uhr essen: Offenbar wird der Lebensstil südlicher, jedenfalls trafen wir niemanden an, den wir beim Essen störten. Benachbarte Ortsparteien machten auch gute Erfahrungen mit Nachmittagen und am Samstagmorgen.

Unsere Ortsgruppe wertet D2D als sehr positiv. Man lernt seine Gemeinde noch besser kennen, geht auch einmal in Quartiere, in denen man sonst nicht unterwegs ist. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Wir erwägen, auch ausserhalb von Wahljahren ein- bis zweimal im Jahr von Tür zu Tür zu gehen, um den Kontakt zur Wählerschaft zu stärken.

Astrid Furrer

Kantonsrätin und Stadträtin, Wädenswil ZH



Scannen Sie dieses Bild mit der XTEND-App, und sehen Sie unser Door2Door-Video.



Leserbriefe

Wir wollen wissen, was Sie bewegt!

Ihre Meinung interessiert uns. Schreiben Sie uns, was sie bewegt. Die besten Zuschriften werden in unserer neuen Rubrik «Standpunkte» im «Freisinn» abgedruckt.

Hinweise für Leserbrief-Schreibende

- Kurze, prägnante Texte haben grössere Chancen, publiziert zu werden. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz wird keine geführt.
- Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.
- Briefe, die sich auf einen Artikel im «Freisinn» oder einen Blogbeitrag auf unserer Website beziehen, müssen dessen Titel und Erscheinungsdatum enthalten.

Starker FDP Klimathemenauftakt zu den Wahlen 2019

Endlich begreifen wir von der FDP, dass das Thema Umweltpolitik aus freisinnig-liberaler Sicht bewirtschaftet werden muss. Es darf nicht aus Politopportunismus im Wahljahr 2019 belegt werden. Glaubwürdigkeit bedeutet nicht nur darüber zu reden, sondern zu liefern. Die Klimademonstrationen in den Schweizer Städten sind ein beeindruckend organisierter Auftakt zu den kantonalen und eidgenössischen Wahlen. Es zeigt, wie derzeit grüne Parteipersönlichkeiten eng mit den Initianten der Klimakampagne zusammenarbeiten und ihr Know-how unterstützend einsetzen. Die Koordination geschieht europaweit. Wir können von den professionellen Marketing- und Kommunikationsaktivitäten dieser Kreise nur lernen und besser werden.

Die FDP hat in der Umweltpolitik viel geleistet, besonders auch im Kanton Zürich. Nur wurden die Botschaft und der Leistungsausweis nicht der Öffentlichkeit verkauft. Es waren nach der Waldsterbedebatte 1984 in der Schweiz junge, umweltbewusste, engagierte und gebildete Kreise, die sich zusammenschlossen, grüne Parteien gründeten und mit wahrnehmungstarken Aktionen in Öffentlich-

keit und Medien auftraten. In Deutschland stossen die Grünen durch die Decke und schicken die Traditionspartei SPD in den Abgrund. Die letzten Wahlen in der Stadt Zürich mit dem Kanter Sieg links-grüner Parteien sind ein bestätigendes Signal. Eine gesunde Umwelt ist Teil eines ausgeprägten gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisses geworden. Nur, wenn Marktkräfte und die technologische Entwicklung bei der Ausarbeitung wirksamer, umweltrelevanter Vorschriften mitberücksichtigt werden, ist Fortschritt möglich. Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen. Ökonomie und Ökologie schliessen sich nicht aus. Sie bedingen sich gegenseitig und sichern die Existenzgrundlage von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsplätzen, Wachstum und Wohlstand.

Weil die bürgerlichen Parteien in den 80er-Jahren nicht weitsichtig genug waren und das Thema nicht bewirtschafteten, überliessen sie das Feld akademisch ausgebildeten, engagierten, rot-grünen Wende- und Gesinnungspolitikern. Diese nutzten die Wirksamkeit von fokussierten Einthemenparteien. Es braucht weniger links-grüne Ideologien, sondern mehr engagiertes Grün in allen bürgerlichen Parteien als Ausdruck einer nachhaltigen und umfassenden Verantwortung für unsere Umwelt. Wohlstand wird ohne intakte Umwelt nicht zu sichern sein. Das sind alle politischen Parteien den kommenden Generationen schuldig: Ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt.

Roger E. Schärer, ehemaliges Vorstandsmitglied FDP Bezirkspartei Meilen, Feldmeilen

«Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen.»

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden, und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

4. Mai

Delegiertenversammlung in Flawil, St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

20. Oktober

Eidgenössische Parlamentswahlen

Öffentliches Fachreferat zur Sicherheit

Einladung

Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D.,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht
zum Thema



Die aktuelle sicherheitspolitische
Lage der Schweiz

Donnerstag 16. Mai 2019 in Zürich

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag 3. Oktober 2019 in Bern

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

www.fairer-kompromiss.ch



Zwei Pluspunkte
für unser Land.

«Good Deal» or «No Deal»?
Gemeinsam weiterkommen.

Ein Plus für den Werk- und Forschungsplatz

- + Abschaffung der bisherigen Steuerprivilegien
- + dringend notwendige Rechts- und Investitionssicherheit
- + faires Steuersystem mit gleich langen Spiessen für KMU
- + pro Jahr 1 Mrd. Franken mehr für Kantone und Gemeinden
- + Investition in attraktive Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz

Ein Plus für die AHV

- + Zusatzfinanzierung von 2 Milliarden Franken pro Jahr
- + Beitrag zur unausweichlichen Sicherung der AHV-Renten
- + günstige Lösung für Privathaushalte und Unternehmen
- + kein Ausbau des Sozialstaats

JA zur AHV-
Steuervorlage!

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



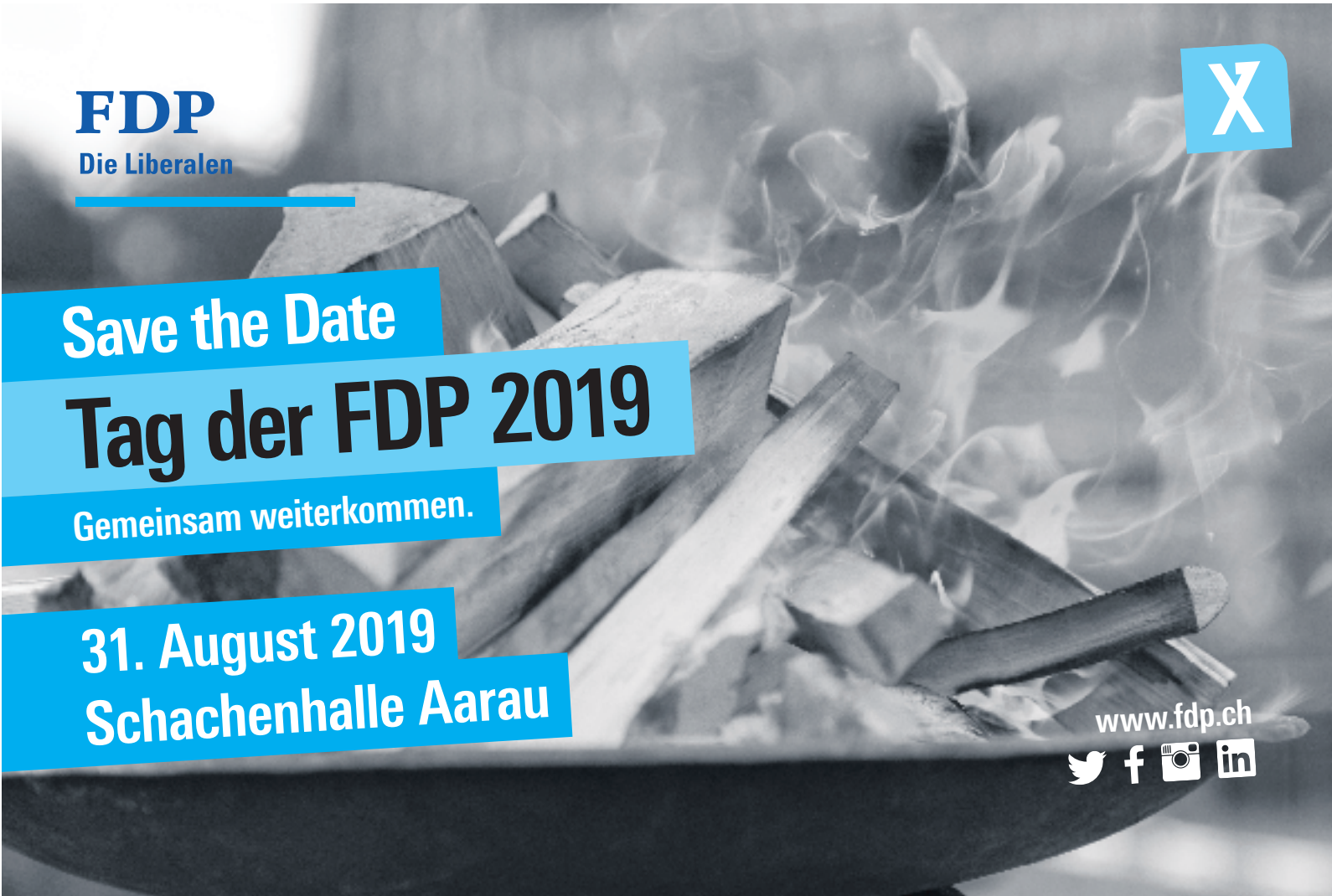
29. JUNI 2019
IN ZÜRICH

Save the Date

3. Internationales Liberales Symposium

der FDP International in Zusammenarbeit mit
ALDE - NZZ - Avenir Suisse

Alle Infos unter:
www.symposium-liberal.ch



FDP
Die Liberalen



Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019
Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch

